

Ritzi, Christian

## "Zu Wort kommen". 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen. Katalog zur Ausstellung

Berlin : Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung 2009, 51 S.



Quellenangabe/ Reference:

Ritzi, Christian: "Zu Wort kommen". 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen. Katalog zur Ausstellung. Berlin : Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung 2009, 51 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-40691 - DOI: 10.25656/01:4069

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-40691>

<https://doi.org/10.25656/01:4069>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

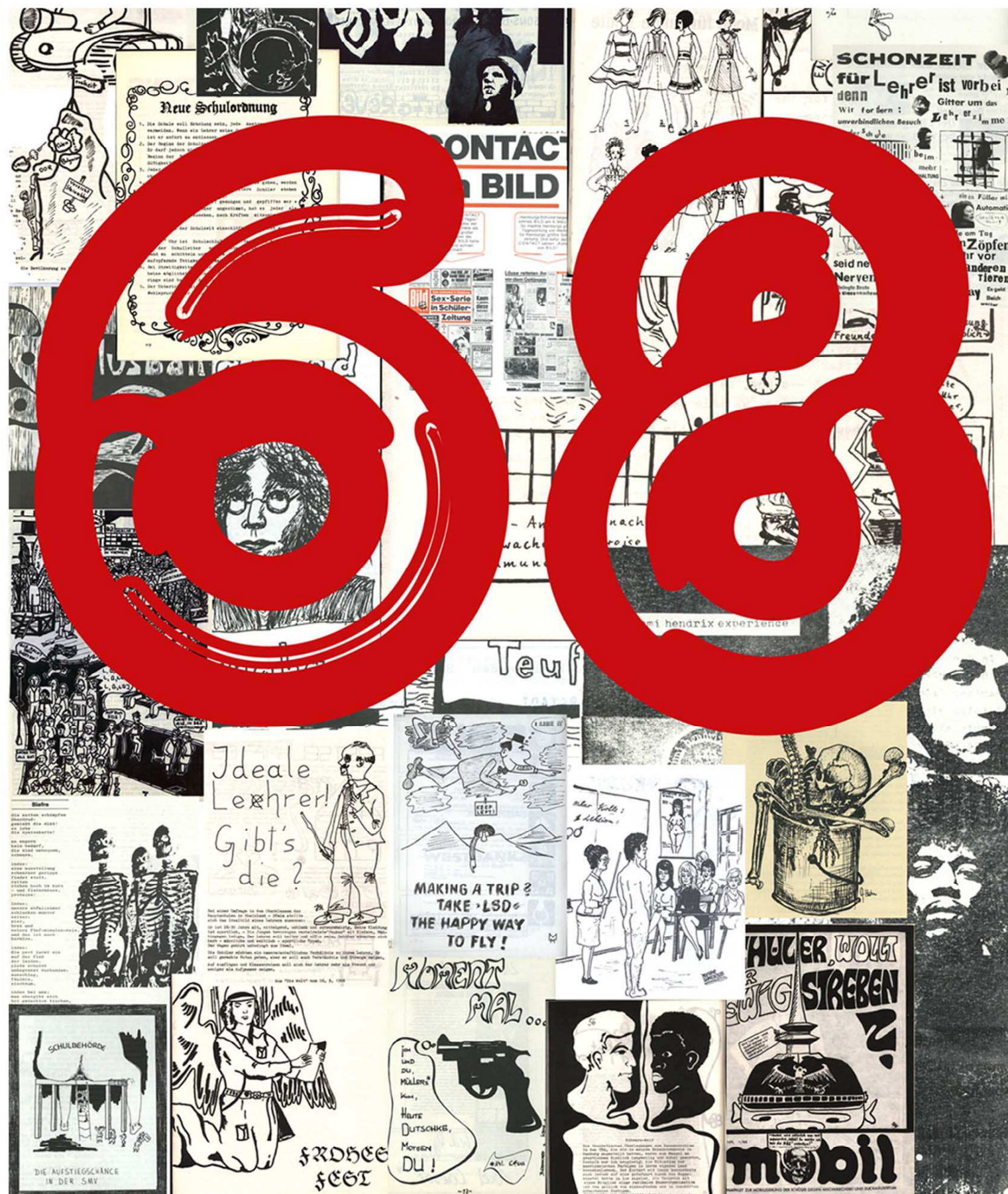
### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)



# ZU W O R T K O M M E N

## 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen

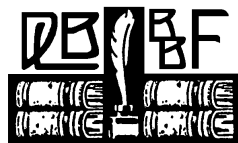


Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung  
des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung

## **„Zu Wort kommen“**

### **1968 im Spiegel von Schülerzeitungen**

Katalog zur Ausstellung



Berlin 2009

Herausgeber:

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des  
Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung

Ausstellungskonzeption:

Christian Ritzi

Gestaltung und Ausführung der Ausstellung:

Angelika Dahm-Ritzi + Rainer von Braun

Umschlaggestaltung:

Angelika Dahm-Ritzi

Ausstellungsdauer:

22. Januar bis 19. Juni 2009

Ausstellungsort:

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung  
Warschauer Str. 34  
10243 Berlin

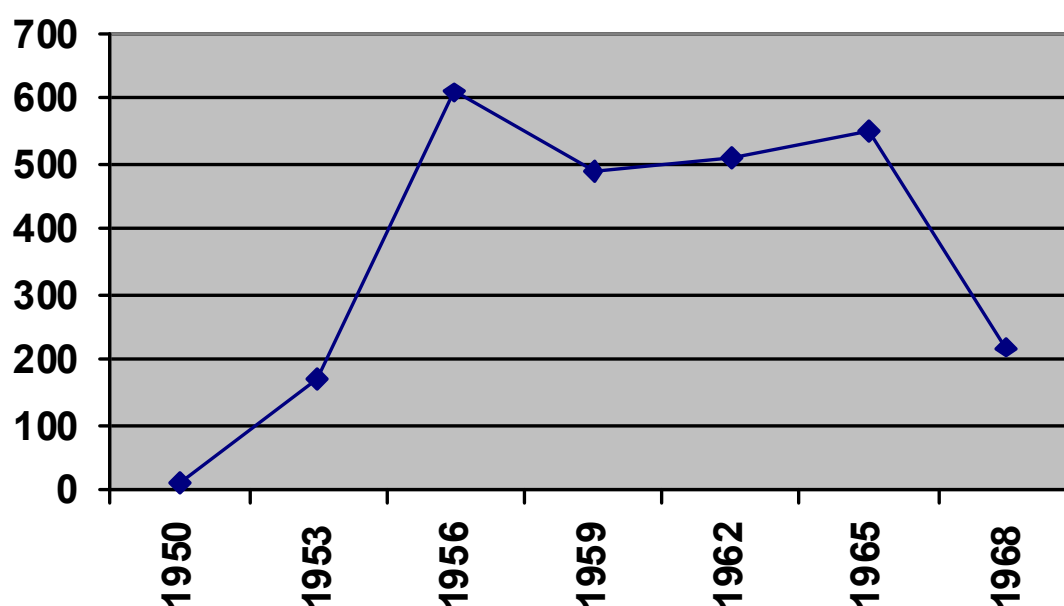
Öffnungszeiten:

Montag – Freitag: 10.00 – 18.00 Uhr



## Vorwort

Anfang des Jahres 2002 konnte die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) eine umfangreiche Sammlung von Schüler- und Studentenzeitungen vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster übernehmen, die um weitere Exemplare aus dem Institut für Zeitungsforschung ergänzt wurden. Insgesamt handelt es sich um rund 1100 Zeitungstitel mit 7223 Ausgaben. Auf die Erscheinungsjahre bezogen verteilt sich der Bestand wie folgt:



Der im Vergleich zu den Vorjahren erkennbare zahlenmäßige Abfall der Schülerzeitungen des Jahres 1968 im Bestand der BBF hängt damit zusammen, dass der Hauptteil aus der ehemaligen Geschäftsstelle der 1952 gegründeten und 1967 aufgelösten Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse (BAG) stammt (vgl. dazu den nachfolgenden Beitrag). Vertreten sind Ausgaben von Schulen aus allen Bundesländern der alten Bundesrepublik. Schülerzeitungen aus Höheren Schulen bilden die Mehrheit, aber auch Volks-, Real- und Berufsschulen sind mit Publikationen vertreten. Deshalb bieten die vorhandenen 220 Schülerzeitungen aus dem Jahr 1968 trotz geringerer Datenbasis ein Spiegelbild über die Interessenschwerpunkte damaliger Schülerinnen und Schüler.

Der Vergleich mit Schülerzeitungen etwa der 1950er Jahre verdeutlicht zunächst Veränderungen der bewegenden Themen. Der Grundkonsens mit der Welt der Erwachsenen ist brüchiger geworden. Dies zeigt sich nicht nur in vielen oppositionellen Stimmen zu den beherrschenden politischen Fragen, sondern vor allem an der offensiven Verteidigung der neuen Jugendkultur. Es ist ein Teil des jugendkulturellen Selbstverständnisses, gegen die Werte und Normen der Erwachsenen aufzubegehren, sei es durch die Popmusik oder jugendspezifische Modeerscheinungen, durch Freizügigkeit in Fragen der Sexualität oder im Konsum von Modedrogen wie LSD. Auch die Rollenverteilung zwischen Schülern und Lehrern wird zumindest vereinzelt kritisch hinterfragt, wenngleich die Erwartung, in den Schülerzeitungen des Jahres 1968 durchgängig oder mehrheitlich Revolutionspostillen vor sich zu haben, in die Irre führt.

Beeindruckend ist schließlich die liebevolle Gestaltung der eigenen Zeitung mit Collagen, Karikaturen oder Zeichnungen. Insbesondere darin dokumentiert sich die Lust am Aufbegehren gegen die Erwachsenenkultur. Und nicht zuletzt damit begründet sich der nicht geringe Unterhaltungswert, den die Ausstellung seinen Besuchern bietet.

Berlin, im Januar 2009

Christian Ritzi

## **Schülerzeitungen des Jahres 1968**

### **Entstehung und Ausprägungen einer Schriftengattung**

#### **1. Einleitung**

Schülerzeitungen sind ein eigenständiger Typus eines Periodikums, der nur unter Vernachlässigung grundlegender Merkmale der Gattung „Zeitung“ zugeordnet werden kann. In der immer noch gültigen Definition von Emil Dovifat vermitteln Zeitungen „jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit.“<sup>1</sup> Das Merkmal der Aktualität ist noch am ehesten auf Schülerzeitungen übertragbar. Vielfach wird in ihnen über Aktivitäten und Ereignisse einer bestimmten Schule, manchmal auch, wenn es sich um eine schulübergreifende Zeitung handelt, mehrerer Schulen berichtet. Die Regelmäßigkeit des Erscheinens wird zwar angestrebt, lässt sich aber in der Mehrzahl der Fälle nicht über einen längeren Zeitraum durchhalten. Dies ist vor allem auf die Produktionsbedingungen zurückzuführen, die höchstes Engagement der ehrenamtlichen Redakteure erfordern, ohne auf eine professionelle Infrastruktur aufbauen zu können, sowie auf den schnellen Wechsel des „Personals“. Denn den Redakteuren verbleiben immer nur wenige Jahre bis zum Schulabschluss und dem damit verbundenen Ende ihrer Journalistentätigkeit. Dies hat zur Folge, dass Schülerzeitungen in der Regel nur in größeren Abständen herauskommen, mitunter auch längere Unterbrechungen in Kauf nehmen müssen, bis ein neuer Redaktionsstab gefunden ist.

Die größten Abweichungen gegenüber der „großen“ Presse zeigen sich jedoch im letzten von Dovifat genannten Merkmal, dem größtmöglichen Empfängerkreis. Damit scheiden von vornherein all jene Schülerzeitungen aus, die nicht vervielfältigt werden, also nur als Unikate vorliegen (etwa Manuskript-Zeitungen) und bloß im Umlaufverfahren gelesen werden können. Aber auch maschi-

---

<sup>1</sup> Dovifat 1931, S. 9.

nell vervielfältigte Schülerzeitungen richten sich nur oder zumindest in erster Linie an Schüler einer bestimmten Schule. Ein darüber hinausgehender Leserkreis wird nicht angestrebt und wenn doch, scheiden solche Zeitungen aus der Gattung „Schülerzeitung“ aus und werden Teil der Jugendpresse. Damit wird ein grundlegendes Merkmal von Zeitungen nicht erfüllt. „Kann nicht jeder in den Empfängerkreis treten, ist dieser Kreis irgendwie begrenzt, so darf von ‚Zeitungen‘ nicht gesprochen werden“<sup>2</sup>.

Schülerzeitungen finden entsprechend dieser Definition in Darstellungen zur Geschichte des Pressewesens keine Berücksichtigung. Wenn Schülerzeitungen dessen ungeachtet am Begriff „Zeitung“ festhalten, ist dies als Hinweis zu verstehen, dass die „große“ Presse als Vorbild für die Schülerzeitungsredakteure dient und Ausdruck ihres Selbstverständnisses als Zeitungsmacher ist. So werden für die Funktionsbezeichnungen im Impressum durchweg gängige Begriffe des Pressewesens verwandt: Herausgeber, Chefredakteur, Redakteur. Auch die in der „großen“ Presse üblichen Textsorten (Nachricht, Reportage, Interview, Glosse, Kommentar usw.) finden sich in Schülerzeitungen.

Bei aller Unterschiedlichkeit gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten, wie etwa den Zwang zur wirtschaftlichen Rentabilität. Schülerzeitungen müssen wie die „große“ Presse Einnahmen erzielen, um ihre Kosten zu erwirtschaften, wenn auch in verkleinertem Maßstab. Wie in der „großen“ Presse sind die Haupteinnahmequellen Verkaufserlöse und Werbeeinnahmen durch Anzeigen, die die Kosten für Satz und Druck, Papier und Farbe, Vertrieb und Redaktion zumindest decken müssen.

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 14.



## 2. Schülerzeitungen vor 1945 – Anfänge eines neuen Typus eines Periodikums

Die Geschichte von Schülerzeitungen reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück<sup>3</sup>. Die Initiative ging überwiegend von reformpädagogisch orientierten Lehrern aus. So begründete Anfang des 20. Jahrhunderts Berthold Otto in seiner Hauslehrerschule eine ganze Reihe von Schülerzeitungen<sup>4</sup>, die meistens handgeschrieben waren und für das unmittelbare Schulumfeld im Hektographieverfahren vervielfältigt wurden. Größeres Aufsehen und eine höchst kontroverse Diskussion erregte die Schülerzeitung „Der Anfang“, die 1908 von Georg Gretor unter dem Pseudonym Georges Barbizon, einem Schüler der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, gegründet wurde und ebenfalls in hektographierter Form zunächst bis 1910 erschien.<sup>5</sup> 1913 wurde der „Anfang“ unter der Devise „Durch die Jugend, für die Jugend“<sup>6</sup> von Georg Gretor/Georges Barbizon und Siegfried Bernfeld erneut begründet.<sup>7</sup> Obwohl die Verwendung des Begriffs „Jugend“ suggeriert, dass mit dem Periodikum ein Organ für alle Jugendlichen vorgesehen sei, wird schnell deutlich, dass in erster Linie Schüler im Blickfeld sind: „Hier, im Anfang, soll jeder Schüler, jede Schülerin zu Wort kommen.“<sup>8</sup>

Gustav Wyneken, Gründer und Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, fungierte auf Bitten der noch nicht volljährigen Herausgeber als presserechtlich Verantwortlicher. Seine Einbe-

---

<sup>3</sup> In einem Erlass des preußischen Kultusministeriums des Jahres 1874 ist von einer für „Schüler bestimmten Zeitschrift“ die Rede, die, wie den weiteren Erläuterungen zu entnehmen ist, den Charakter einer Schülerzeitung hat (vgl. Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1874, S. 200).

<sup>4</sup> Zwischen 1906 und Anfang der 1920er Jahre erschienen u.a. folgende Schülerzeitungen: „Buntes Blatt“, „Nestküken“, „Der Schmetterling“, „Das vierblättrige Kleeblatt“, „Immergrün“, „Das kleine Witzblatt“, „Die Allgemeine“.

<sup>5</sup> Im ersten Erscheinungszeitraum, beginnend 1908, erschienen vom „Anfang“ in fortlaufender Folge 23 Hefte, im zweiten (1911) vier (vgl. Laermann 1985, S. 365).

<sup>6</sup> Barbizon, Georges: Die treibenden Kräfte. In: Der Anfang 1 (1913), H. 1, Zit. nach: Peterich 1922, S. 5.

<sup>7</sup> Unter dem Dach des neuen „Anfang“ vereinten sich zusätzlich zur bereits kooperierenden Schülerzeitung „Das Classenbuch“ aus Wien eine weitere Wiener Schülerzeitung, „Eos“, sowie die Breslauer Schülerzeitung „Der Quell“.

<sup>8</sup> Ebd. Mit der Neugründung 1913 wurde jedoch ein erweiterter Leserkreis über Wickersdorf hinaus angesprochen.

ziehung stand eigentlich im Widerspruch zur Konzeption der Schülerzeitung, wie sie sich in der Devise „Durch die Jugend, für die Jugend“ ausdrückte, war jedoch unvermeidlich. Im Reichsgesetz über die Presse von 1874 wurde in Paragraph 8 ausdrücklich bestimmt, dass Minderjährige nicht verantwortliche Redakteure periodisch erscheinender Druckerzeugnisse sein dürfen<sup>9</sup>. Mit Wyneken war der Erwachsene gefunden, der den notwendigen Freiraum zu gewähren versprach. „Wir haben Herrn Dr. Wyneken gebeten, der Jugend die pressegesetzliche Möglichkeit zu geben, sich unbevormundet auszusprechen.“<sup>10</sup> Tatsächlich verstand sich Wyneken eher als Strohmann für die Herausgeber zur Ermöglichung jugendlicher Emanzipationsbestrebungen als dass er die vom Gesetz auferlegte Beaufsichtigung wahrnahm. „Ich habe mich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt, nicht in der Absicht, meine eigenen Ideen von der Jugendkultur durch diese Zeitschrift zu verbreiten oder überhaupt auf ihren Inhalt irgend einen konstituierenden Einfluß auszuüben. Sondern meine Absicht ist, dafür zu sorgen, daß diese Zeitschrift wirklich und ernstlich und ohne jede Bevormundung der Jugend gehöre.“<sup>11</sup> Zwar weist er in seiner im ersten Heft des Jahrgangs 1913 abgedruckten „Erklärung“ auf seine gesetzliche Aufsichtspflicht hin – „In zweiter Linie werde ich natürlich, da ich die öffentliche Verantwortung trage, auf den Inhalt regulierenden Einfluß ausüben müssen.“<sup>12</sup> – ohne diese Aufgabe in erkennbarer Form wahrzunehmen.<sup>13</sup>

In der kurzen Zeit ihres Erscheinens wurde im „Anfang“ massive Kritik an Schule, Elternhaus und Erwachsenenkultur geübt, die schließlich zu scharfen Reaktionen sowohl im bayerischen als auch im preußischen Landtag sowie in der Presse führten. Der „Skandal um den Anfang“<sup>14</sup> endete mit dem Erscheinen der letzten Ausgabe im Jahr 1914 infolge des Kriegsausbruchs.

---

<sup>9</sup> Vgl. Gesetz über die Presse. In: Deutsches Reichsgesetzblatt 1874, Nr. 16, S. 65-72.

<sup>10</sup> Barbizon, Georges: Die treibenden Kräfte. In: Der Anfang 1 (1913), H.1. Zit. nach: Peterich 1922, S. 5.

<sup>11</sup> Wyneken, Gustav: Erklärung. In: Der Anfang 1 (1913), H. 1. Zit. nach: Peterich 1922, S. 6 f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 7.

<sup>13</sup> Vgl. Wyneken 1919, S. 8.

<sup>14</sup> Laermann 1985.

Motiviert wurden die reformpädagogischen Schülerzeitungsprojekte jedoch nicht durch die die „große“ Presse bestimmende Informationsfunktion, sondern im Wesentlichen durch zwei pädagogische Anliegen. Schülerzeitungen sollten zum einen den mitarbeitenden Schülern einzigartige und spezifische Lernmöglichkeiten bieten, zu denen es im regulären Unterricht kaum Alternativen gibt. Sie boten den Redaktionsmitgliedern und anderen beteiligten Schülerinnen und Schülern Raum und Anlass zur Entwicklung von Gruppenidentitäten und außergewöhnliche Entwicklungs- und Bildungschancen, um etwa als Produzenten und Gestalter des Mediums ihre Kreativität zum Ausdruck kommen zu lassen, Organisationsbegabungen zu entwickeln und nicht zuletzt politische Erfahrungen – z.B. in Auseinandersetzungen mit Zensurversuchen – zu sammeln.

Zum anderen konnte eine Schülerzeitung einen Beitrag zur Verbesserung des Schulklimas leisten. Ihre Publikation kann das Gemeinschaftsgefühl der Schulangehörigen und die Identifikation mit der eigenen Schule stärken. Selbst die von den Redakteuren in ihrer Schülerzeitung geübte Kritik an der Schule oder auch an einzelnen Lehrern könne, sofern konstruktiv vorgebracht, pädagogisch fruchtbar werden. Willi Warstat, der 1912 eine Schülerzeitung am Altonaer Reformrealgymnasium initiierte, fasste seine Erfahrungen dahingehend zusammen, dass in der Folge einer Auseinandersetzung die Schüler letztlich „zu freiwilliger Unterordnung unter eine als berechtigt erkannte und anerkannte Macht“<sup>15</sup> geführt würden.

Diese von reformpädagogisch orientierten Lehrern im Sinne der Schule erhoffte Verständigung konnte jedoch auch scheitern und damit die Autorität der Schule beschädigen. Ein Beispiel hierfür bildete die Auseinandersetzung um die Schülerzeitschrift „Der Schulkampf“. Deren presserechtliche Verantwortung lag bei einem Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes, der bereits volljährig war und damit als verantwortlicher Redakteur die presserechtlichen Voraussetzungen erfüllte, zugleich jedoch als Teilnehmer eines Arbeiter-Abiturientenkurses Schüler des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums (ab 1930 Karl-Marx-Schule) in Ber-

---

<sup>15</sup> Warstat 1915, S. 18.

lin-Neukölln war. Dessen Direktor Fritz Karsen sah die Schulordnung durch Berichte im „Schulkampf“ in einem Maß gefährdet, dass er zum äußersten ihm zur Verfügung stehenden Zuchtmittel griff und den Schüler von der Schule verwies.<sup>16</sup>

Die Affäre um den „Schulkampf“ war der bislang spektakulärste Fall dieser Art. Sie diente jedoch der übergroßen Mehrheit der Lehrer nur als zusätzlicher Beleg dafür, dass Schülerzeitungen der Autorität und damit einhergehend dem Erziehungsauftrag einer Schule abträglich seien. Denn das in Pädagogenkreisen vorherrschende Bild sprach Jugendlichen die Fähigkeit zu einer verantwortungsbewussten und vernunftgeleiteten selbständigen Arbeit ab. Die „Jugend will und braucht Führung“, konstatierte der Schulrat und Seminardirektor Eberhard und qualifizierte deshalb das Wyneckesche Experiment als „Tollheit“ ab. In seinen Augen ist die Zulassung von Schülerzeitungen „als nicht unbedenklich, ja pädagogisch verfehlt“ anzusehen.<sup>17</sup>

Ein weiterer Grund für die Abwehrhaltung gegen Schülerzeitungen war die unter Lehrern weit verbreitete generelle Skepsis gegenüber dem Medium Zeitung. Um eine Schülerzeitung zu befördern, muss jedoch ein positives Verständnis vorausgesetzt werden, da sich Schülerzeitungen am Vorbild der „großen“ Presse orientieren. In einem 1880 in der „Allgemeinen deutschen Lehrerzeitung“ publizierten Beitrag werden Zeitungen durch die Berichterstattung über Mord und Totschlag als „wahre Hochschule des Verbrechens und der Lasterhaftigkeit“<sup>18</sup> bezeichnet. Der Oberlahnsteiner Schuldirektor Simon Widmann beklagte, dass Zeitungen „Sensationslust und Neuigkeitskrämerei“ anreizten und damit insbesondere bei jugendlichen Lesern „kein aufmerksames Lesen, ein Lesen mit der Absicht des Lernens oder des edlen Genusses, sondern ein Befriedigen verdorbenen Geschmacks“<sup>19</sup> bewirkten. Diskussionsbeiträge während der preußischen Schulkonferenz des Jahres 1890 dokumentieren die damals vorherrschende Einstellung gegenüber dem Zeitungswesen, denn kritische, ja

---

<sup>16</sup> Vgl. Radde 1999, 154 ff.

<sup>17</sup> Art. „Schülerzeitschriften“ von O. Eberhard und J. Weber. In: Lexikon der Pädagogik. Bd. 4. Freiburg 1915, Sp. 746.

<sup>18</sup> Wellmer 1880, S. 277.

<sup>19</sup> Widmann 1898, Sp. 546.

vernichtende Urteile gegenüber der Presse wurden mit Beifall beachtet. Neben anderen negativen Einflüssen würde durch die jugendliche Zeitungslektüre die Sittlichkeit gefährdet<sup>20</sup> und an die Eltern wurde appelliert, die Zeitungslektüre ihrer Kinder zu überwachen um die Bemühungen der Schule nicht zu konterkarieren.<sup>21</sup>

In dieser negativen Einstellung gegenüber dem Pressewesen stimmten Lehrer mit großen Teilen der öffentlichen Meinung überein. Nicht zuletzt wurde die mangelnde Qualität der Zeitungen Bildungs- und Ausbildungsdefiziten der Journalisten angelastet. Von Bismarck wird der Ausspruch kolportiert, dass Journalisten Menschen seien, die ihren Beruf verfehlt hätten.<sup>22</sup> Und noch Mitte der 1920er Jahre äußerte sich Karl Kraus mehrfach in vergleichbarer Schärfe zum Berufsstand: „wenn ich einen Sohn hätte, der Journalist würde und während fünf Jahren es bliebe, ihn würde ich aufgeben.“<sup>23</sup>

Diese breit anzutreffende Skepsis vor allem gegenüber der Massenpresse und ihren Journalisten kontrastierte jedoch mit dem enormen Bedeutungszuwachs, den die Presse im 19. und ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erfuhr. Ende des 19. Jahrhunderts bildeten Zeitungen bereits in allen Bevölkerungsschichten einen selbstverständlichen Bestandteil der Lebensgestaltung.<sup>24</sup> Obgleich genaue Angaben zur Anzahl der erschienenen Zeitungen und deren Auflage bis Anfang des 20. Jahrhunderts schwierig zu ermitteln sind und die Zahlenangaben in der Literatur variieren, sind die Trends eindeutig. Ende des 18. Jahrhunderts werden ca. 200 bis 250 Zeitungen gezählt, bis 1914 hat sich dieser Wert etwa um den Faktor 20 erhöht<sup>25</sup>. Nach einem deutlichen Rückgang bis 1924 erreichte das Pressewesen 1933 einen neuen Höchststand mit über 4000 Titeln. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1930 ergab, dass von 1798 Schülern Höherer Schulen Brandenburgs im Alter von 15–18 Jahren lediglich 0,32 Prozent der 18-Jährigen,

---

<sup>20</sup> Vgl. Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts. Berlin 1891, S. 621 f.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 628.

<sup>22</sup> Vgl. Gebhardt 2004, S. 22.

<sup>23</sup> Ebd., S. 23.

<sup>24</sup> Vgl. ebd. S. 24.

<sup>25</sup> Vgl. Stöber 2005, S. 72; 160.

0,64 Prozent der 17-Jährigen, 1,6 Prozent der 16-Jährigen sowie 0,96 Prozent der 15-Jährigen keine Zeitung lasen.<sup>26</sup>

Dieser rasante Anstieg von Zeitungen und der damit verbundene Bedeutungszuwachs der Presse gerade auch unter Schülern löste in den späten 1920er Jahren in Pädagogenkreisen erneut eine Diskussion um das „pädagogische Problem“ der Zeitung aus. In einem Beitrag in der Zeitschrift „Die Arbeitsschule“ wurde die Vernachlässigung von Zeitungen im Unterricht als Snobismus und Eigensinn beklagt, und der Autor wunderte sich, „daß die Schule, die ja namentlich in der Oberstufe der höheren Schulen doch mit jungen Menschen zu tun hat, die meist schon sehr offen die Dinge des Lebens und der Welt sehen und zu ihnen Stellung nehmen, sich dieses Instruments nicht schon längst angenommen hat.“<sup>27</sup>

Diese Meinung fand jedoch keineswegs allgemeine Zustimmung, wie eine in den 1930er Jahren geführte kontroverse Diskussion im „Deutschen Philologen-Blatt“ zeigt. Obwohl nun mehrheitlich der Einsatz von Zeitungen in den Schulen befürwortet wurde, verblieb bei vielen eine negative Einstellung gegenüber dem Medium. Angesichts der unbestreitbaren und offensichtlichen Bedeutung von Zeitungen beugte man sich von Seiten der Lehrer, weil man es ohnehin nicht verhindern konnte, ohne dass jedoch die pädagogischen Vorbehalte ausgeräumt waren.<sup>28</sup>

### 3. Fremdbestimmung vs. Selbstbestimmung Der Aufschwung der Schülerzeitungsbewegung nach 1945

Damit sind wesentliche Gründe benannt, die trotz einer fehlenden Übersicht über die vor 1945 produzierten Schülerzeitungen die Feststellung erlauben, dass sie außerhalb reformpädagogischer

---

<sup>26</sup> Münster 1932, S. 14.

<sup>27</sup> Malsch 1928, S. 312.

<sup>28</sup> Vgl. u.a. Heine, Gerhard: Politische Zeitungen im Unterricht? In: Deutsches Philologen-Blatt 39 (1931), S. 702-703; Maurer, August: Gehört die Zeitung in die Schule? In: Deutsches Philologen-Blatt 40 (1932), S. 114-115; Lötschert, Hugo: Die Zeitung gehört in die Schule! In: Deutsches Philologen-Blatt 41 (1933), S. 56-57.



Schulen marginal blieben. Ein Aufschwung mit erheblichen Wachstumszahlen ist erst nach 1945 feststellbar:

	1954	1957	1960	1963	1966	1968
Baden-Württemberg	22	30	64	100	110	201
Bayern	44	28	75	65	115	118
West-Berlin	24	40	63	60	79	81
Bremen	7	12	15	21	23	25
Hamburg	6	11	25	42	65	62
Hessen	38	39	70	94	121	142
Schleswig-Holstein	24	32	55	63	78	83
Niedersachsen	31	40	70	87	85	97
Nordrhein-Westfalen	18	45	95	145	180	196
Rheinland-Pfalz/Saarland	17	13	18	24	38	106
	231	290	550	701	894	1111

Diese erstaunliche Entwicklung wird zunächst durch das Re-education-Programm der amerikanischen Besatzungsmacht verständlich. Mit der Machtübernahme der alliierten Streitkräfte wurden alle bis Kriegsende noch erscheinenden Presseerzeugnisse verboten. Neue Zeitungen und Zeitschriften mussten durch die Alliierten lizenziert werden, dies betraf auch Schülerzeitungen. Insbesondere Periodika für Jugendliche wurden jedoch vergleichsweise schnell und unbürokratisch zugelassen, da sie eine wichtige Rolle im Rahmen der Re-education-Politik der Alliierten spielen sollten<sup>29</sup>. In einem Rückblick auf die erste Nachkriegszeit heißt es dazu in einem Bericht der Jugendzeitschrift „Benjamin“: „In allen vier Zonen sind nach der Kapitulation Zeitschriften für die Ju-

---

<sup>29</sup> Vgl. Burschka 1987, S. 30 ff. Prof. em. Gerd Doerry, der nach Kriegsende als Schüler der Goetheschule eine der ersten Schülerzeitungen in Berlin gründete, verdanke ich den Hinweis, dass er erst nach Erscheinen der ersten Ausgabe zur zuständigen Stelle der britischen Militärregierung gegangen sei, um sich die Zeitung genehmigen zu lassen (vgl. auch Doerry, Gerd: Goethe-Post. Die erste von Schülern herausgebrachte Berliner Zeitschrift. In: Neues Berlin 1947, H. 5, S. 13).

gend, von der Jugend, für die junge Generation, für junge Menschen usw. erschienen. Vor dem Krieg und vor 1933 war das anders. Jetzt aber legten die Besatzungsmächte ausgesprochenen Wert auf die Umerziehungsversuche der deutschen Jugend, waren der Meinung, daß auf dem Gebiet des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens gerade die Jugend freie Entwicklungen haben sollte, um einen intensiven Meinungsaustausch zu pflegen.<sup>30</sup>

Insbesondere die amerikanische Besatzungsmacht beförderte in ihrer Zone die Neugründung von Schülerzeitungen und unterstützte die jugendlichen Redakteure. Schülerzeitungen waren ein Bestandteil des Demokratisierungskonzepts, das die amerikanische Besatzungsmacht im Zuge der Re-education bzw. Re-orientation durchzusetzen suchte. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen erschienen Bemühungen zu einem grundlegenden, eine dauerhafte Demokratie westlichen Zuschnitts tragenden Einstellungswandel aussichtsreich. In einem Bericht der nach ihrem Vorsitzenden benannten Zook-Kommission heißt es, man könne „mit Recht annehmen, daß die Haltung und die Anschauung junger Menschen leichter im Sinne einer demokratischen Lebensweise geändert werden können als die ihrer Eltern.“<sup>31</sup>

Dieser im Oktober 1946 in deutscher Übersetzung publizierte Bericht – „das bedeutendste Dokument zur ‚Bildungspolitik-Beratung‘, das aus amerikanischer Sicht damals veröffentlicht wurde“<sup>32</sup> – stellt einen Wendepunkt im Verständnis der Re-education in der amerikanischen Zone dar. Zur bisher vorherrschenden Abwehr nazistischer Einflüsse in deutschen Schulen trat nun der Wille zur äußeren und inneren Schulreform, um die Entwicklung zu einer westliche Demokratiegrundsätze unterstützenden Gesellschaft zu entwickeln<sup>33</sup>. Statt passiver und williger Untertanen eines autoritären Willens sollten die Schulen einen eigenständigen Beitrag zur Herausbildung demokratischer, toleranter und kooperationsfähiger Staatsbürger leisten. Deshalb wurde empfohlen, dass das Schulleben in allen seinen Phasen so aufgebaut werden müsse, „daß es Erfahrungen mit einer demokratischen Lebens-

---

<sup>30</sup> Benjamin. Zeitschrift für junge Menschen 2 (1948), H. 3, S. 3.

<sup>31</sup> Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland 1946, S. 42.

<sup>32</sup> Führ 1994, S. 32.

<sup>33</sup> Vgl. Froese 1969, S. 29; Braun 2004, S. 33.

gestaltung vermittelt.“<sup>34</sup> Dazu seien Gemeinschaftsaufgaben zu entwickeln, zu denen auch Schülerzeitungen zählten, ohne dass sie in diesem Bericht ausdrücklich erwähnt wurden.

Zur weiteren Präzisierung empfahl die Kommission die Entsendung einer amerikanischen Expertengruppe, die sich im Frühjahr 1947 bildete. Das United States Social Studies Committee to Germany hielt sich knapp zwei Monate in Berlin und in der amerikanischen Zone auf und verfasste danach einen Bericht mit Analysen und Vorschlägen. Zur Förderung der demokratischen Erziehung in Schulen empfahlen die Experten nun auch ausdrücklich die Unterstützung bei der Herausgabe von Schülerzeitungen.<sup>35</sup> Das Ziel zur Erziehung zur Demokratie wurde wenig später auf Anregung der amerikanischen Militärregierung in der Kontrollratsdirektive Nr. 54 vom 25. Juni 1947 bestätigt.<sup>36</sup>

Die Empfehlungen der Mitglieder beider Kommissionen und die darauf aufbauenden Bemühungen zur äußeren und inneren Schulreform in Deutschland entsprangen nicht der Arroganz der militärischen Sieger, sondern ihrer tiefen Überzeugung, dass das amerikanische Schulsystem, so wie es sich insbesondere seit der Jahrhundertwende entwickelt hatte, einen wesentlichen Grundpfeiler der amerikanischen Demokratie ausmacht.

Unter einigen einflussreichen deutschen Bildungspolitikern der Nachkriegszeit fanden die von den amerikanischen Erziehungsoffizieren mitgebrachten Ideen, Schülern mehr Verantwortung zu übertragen und Eigenständigkeit zuzulassen, Unterstützung. Theodor Bäuerle, seit 1947 Kultusminister des Landes Württemberg-Baden, sprach sich in seinem am 30. März 1947 vorgelegten „Entwurf zum Neuaufbau des Schulwesens“ dafür aus, dass „Schülern eine größere Selbständigkeit, mehr Bewegungsfreiheit und eine wachsende Mitverantwortlichkeit zu gewähren“<sup>37</sup> sei, um die Erziehung zur Demokratie zu befördern. Konkret auf Schülerzeitungen ging ein Erlass des hessischen Kultusministers Erwin Stein vom 24.9.1948 ein, der die Direktoren der Höheren

---

<sup>34</sup> Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland 1946, S. 30.

<sup>35</sup> Report of the United States Social Studies Committee to Germany. Zit. nach Braun 2004, S. 117.

<sup>36</sup> Vgl. Braun 2004, S. 117.

<sup>37</sup> Theodor Bäuerle. Zit. nach Braun, S. 120.

Schulen, der Berufs-, Berufsfach und Fachschulen darauf hinwies, dass sie Schülerzeitungen befördern sollten.<sup>38</sup> „Voraussetzung für eine lebendige Erziehung ist, daß die Schulen sich auch der nichtunterrichtlichen Formen des Schullebens annehmen und ihre pädagogischen Möglichkeiten nutzbar machen. Diesem Zweck dienen neben Sport, Spiel, Wanderungen, Feiern und musischer Betätigung auch Schulzeitungen.“<sup>39</sup>

Diese Vorgaben sowohl der amerikanischen Besatzer als auch einflussreicher deutscher Bildungspolitiker führten allerdings nicht zu einer ähnlich umfassenden Entwicklung der Schülerzeitungsbewegung wie in den USA, wo nahezu jede High School über eine kontinuierlich erscheinende und von Schülern selbst verantwortete Schülerzeitung verfügte. Dies hätte eine institutionelle Einbettung in die Lehrpläne sowie eine Zuordnung zu einem dafür zuständigen Lehrer erfordert. In den USA standen den Schülerzeitungsredakteuren die Englischlehrer zur Seite, die auch eine entsprechende journalistische Vorbildung erhielten. Denn neben der Erwartung, dass Schülerzeitungen eine Gelegenheit zum Erlernen von kooperativem Handeln unter demokratischen Vorzeichen bieten, sollten sie im amerikanischen Verständnis auch einen Beitrag zur sprachlichen Gestaltungsfähigkeit der Schüler leisten.

Auf Deutschland übertragen hätte die Beratung von Schülerzeitungsredakteuren eine Aufgabe für Deutschlehrer werden können. Ergänzt um die Integration eines neuen, zusätzlichen Arbeitsbereichs „Journalismus“ in den Deutschunterricht wäre zumindest teilweise eine Abkehr vom traditionellen Deutschunterricht erfolgt. Das mit Schülerzeitungen verbundene Anliegen, einen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten, wäre weiterhin geeignet gewesen, die angeschlagene Reputation des Deutschunterrichts aufzubessern, denn „kaum ein anderes Unterrichtsfach war durch die NS-Ideologie so korrumpiert“<sup>40</sup>. Statt jedoch diese Chance wahrzunehmen, wurde im Fächerkanon des Deutschunterrichts „auf Traditionen zurückgegriffen ... die vor der Zeit des NS-Fa-

---

<sup>38</sup> Vgl. Bartels 1987, S. 12.

<sup>39</sup> Erlaß vom 24.9.1948. Zit. nach Cramer 1964, S. 65.

<sup>40</sup> Popp 1992, S. 24.

schismus, vor allem in der Weimarer Republik entwickelt worden waren, und die jetzt unter Hinweis auf das demokratische Schulwesen dieser ersten deutschen Demokratie als NS-unverdächtig deklariert werden konnten.<sup>41</sup>

Wie allerdings sollte eine solche Neuorientierung in Bezug auf Schülerzeitungen möglich sein, war doch die Skepsis gegenüber eigenverantwortlich agierenden Jugendlichen ebenso wenig geschwunden wie die gegenüber der Presse. „Die Zeitung bedeutet ihnen (den Lehrern – C.R.) nicht mehr als irgendeine andere alltägliche Erscheinung, der zwar ein mit Vorbehalten zugestandener Eigenwert zukomme, die jedoch keine innere Beziehung zur Schule aufweise.“<sup>42</sup>

Damit verblieb Journalismus bis zum Ende der 1960er Jahre außerhalb der Lehrplandiskussionen zum Deutschunterricht, und die Deutschlehrer konnten sich nicht als die wichtigste Beratergruppe bei der Herstellung von Schülerzeitungen etablieren. Noch 1967 konstatierte Franz Hebel: „Obwohl in unseren Gymnasien Schüler- bzw. Schulzeitungen recht verbreitet sind und ihre Verbreitung zunimmt, stehen sie meist doch zum Deutschunterricht kaum in Beziehung.“<sup>43</sup>

Erst die Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre bewirkt eine Neuorientierung, die etwas überraschend von Robert Ulshöfer angemahnt wurde. Der Autor des wohl verbreitetsten und wirkungsmächtigsten Grundlagenwerks zur Deutschdidaktik<sup>44</sup>, der 1952 in mehreren Bänden erschienenen „Methodik des Deutschunterrichts“ sowie Begründer und langjährige Herausgeber der Fachzeitschrift „Deutschunterricht“ befürwortete 1969 eine kritische Überprüfung des gesamten Deutschunterrichts. Mit rund 20-jähriger Verspätung seit den Re-education- bzw. Re-orientation-Bemühungen der amerikanischen Besatzer und nachdem die Chance der politischen Durchsetzbarkeit längst verspielt war, gibt er zu bedenken, „ob wir nicht das Fach (Deutsch – C.R.) durch Einbeziehung neuer Stoffgebiete – Journalistik ... sowie durch Schaffung eines kooperativen Unterrichtsstils – unter Preisgabe

---

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Reuber 1956, S. 5.

<sup>43</sup> Hebel 1967, S. 68.

<sup>44</sup> Vgl. Popp 1992, S. 40.

mancher traditioneller Stoffkomplexe und Arbeitsweisen“<sup>45</sup> reformieren sollten. Zur Neufassung der Lehrplanrichtlinien konkretisierte er seine Überlegungen und schlug u.a. vor:

„9.-10. Schuljahr: ... Einführung in den Journalismus. Kritische Auseinandersetzung mit Illustrierten, Zeitschriften, Leitartikeln von Tageszeitungen. Einführung in die Technik der Zeitungsherstellung und in den Beruf des Journalisten.

11.-13. Schuljahr: ... Untersuchungen von Leitartikeln, Reklametexten, Feuilletons anerkannter Wochenzeitschriften in Verbindung mit der Gestaltung der eigenen Schülerzeitschrift und mit dem Verfassen von Leitartikeln, Reklametexten und Essays über aktuelle Themen.“<sup>46</sup>

Ulshöfers Vorschläge hätten in der Nachkriegszeit aufgrund seiner Reputation Durchsetzungschancen gehabt<sup>47</sup>. So aber verblieben Schülerzeitungen außerunterrichtliche Aktivitäten. Die bereits in der zweiten Hälfte der 1940er Jahren begonnene Organisationsentwicklung hatte der Schülerzeitungsbewegung darüber hinaus Selbstbewusstsein und Stärke verliehen, die die Unabhängigkeit von der Schule nicht mehr preiszugeben bereit waren.

Zunächst gab es 1947 einen Zusammenschluss von Berliner Schülerzeitungen, der sich 1948 als „Ring Berliner Schülerzeitungen“ konstituierte. In Hessen arbeiteten einzelne Schülerzeitungen bereits seit 1946 zusammen. Der formelle Zusammenschluss zur „Arbeitsgemeinschaft hessischer Schülerzeitungen“ (AHS) erfolgte dann 1949 mit großzügiger Unterstützung amerikanischer Verbindungsoffiziere. Ebenfalls 1949 entstand die „Arbeitsgemeinschaft Münchner Schülerzeitungen“, die sich 1951 zu einer landesweiten Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Presse der Jugend“ erweiterte.

Bereits 1951 wurden Überlegungen angestellt, eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Initiatoren der Verbandsgründung waren die Landesverbände Bayern, Berlin und Hessen, also

---

<sup>45</sup> Ulshöfer 1969, S. 6. Einen gleichlautenden Vorschlag unterbreitete Hebel bereits 1967 (Hebel 1967, S. 69).

<sup>46</sup> Ebd., S. 12.

<sup>47</sup> Ulshöfer war einer der bekanntesten Deutschdidaktiker in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik (vgl. Beisbart 1999, S. 176).



Schülerredakteure jener Länder, die vor 1949 in der amerikanischen Besatzungszone lagen.

Am 27. Januar 1952 versammelten sich in Frankfurt/Main Vertreter der bereits bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften und gründeten die „Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse“ (BAG). Ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladene Schülerzeitungsredakteure aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg gründeten vor Ort ebenfalls Landesarbeitsgemeinschaften, um im Bundesvorstand mitwirken zu können. Die Teilnehmer verständigten sich auf eine Satzung, die anstelle der traditionellen Gattungsbezeichnung „Schülerzeitung“ den Begriff „Jugendeigene Presse“ oder „Jugendeigene Zeitung“ einführte. „Als jugendeigene Zeitungen werden ausschließlich solche verstanden, die von Jugendlichen in eigenem Verantwortungsbewusstsein gestaltet und veröffentlicht werden und für den Lebenskreis bestimmt sind, aus dem sie hervorgehen.“<sup>48</sup> Diese Definition behielt bis heute ihre Gültigkeit.

Der Organisationszusammenschluss der Schülerzeitungsredakteure war vor allem durch zwei Anliegen motiviert. Zum einen sollten damit Chancen zur wirtschaftlichen Absicherung der Schülerzeitungen verbessert werden. Um die Kosten der Verbandsarbeit tragen zu können, sollten Zuschüsse des Bundes eingeworben werden, die einen Bundesverband als Antragsteller und Ansprechpartner zur Voraussetzung hatten. Weiterhin wurde an die Gründung eines Bundesverbandes die Hoffnung geknüpft, die lokale Anzeigenbeschaffung und -vermittlung zu verbessern. Die Chancen für einen staatlichen Zuschuss standen gut, denn gerade von der Jugendpresse, der die Schülerzeitungen zugeordnet wurden, war die Bundesregierung überzeugt, dass sie „für die Bildung und staatsbürgerliche Festigung der Jugendlichen von größtem Wert“ sei.<sup>49</sup>

Ein zweites Motiv bestand in der Stärkung der einzelnen Redaktionen gegenüber ihrer jeweiligen Schulleitung. Dazu wurden sowohl von den Landesverbänden als auch von der BAG eine Reihe von Publikationen herausgegeben, Tagungen organisiert und

---

<sup>48</sup> Zit. nach Bartels 1987, S. 17.

<sup>49</sup> Ott 1955, S. 159.

Fortbildungsveranstaltungen für Schülerzeitungsredakteure durchgeführt. Denn es erforderte noch viele Auseinandersetzungen, die in Einzelfällen sogar vor Gericht ausgetragen werden mussten, bis die zunächst vorherrschende Bevormundung durch die Schule in ein eher partnerschaftliches Verhältnis verwandelt wurde. In dem 1955 erschienenen „Lexikon der Pädagogik“ heißt es noch: „Aufgabe der Lehrerschaft ist es, die Gefahren, die mit der Herausgabe der Schülerzeitung verbunden sind, wie Geltungssucht, Überheblichkeit, Schwätzeri, Schwächung der Autorität der Lehrer und der Schule, Störung des Unterrichtsbetriebs u.a. durch pädagogische Einflussnahme zu vermeiden, ohne das Prinzip der Freiwilligkeit zu verletzen.“<sup>50</sup> Die „ordnende Hand des Lehrers“<sup>51</sup> wurde für unverzichtbar gehalten. Der Schüler, der die Funktion des Chefredakteurs ausfülle, habe eine „straffe Führung der redaktionellen Arbeitsgemeinschaft“ zu gewährleisten, während die Lenkung der gesamten Arbeitsgemeinschaft „mit weicher Hand“ durch einen „erfahrenen Pädagogen“ erfolgen solle<sup>52</sup>. Denn nur dadurch ließe sich verhindern, dass eine der bedeutendsten Aufgaben einer Schülerzeitung, „die Pflege des guten Geistes in der Schule“, Schaden erleide<sup>53</sup>. Dementsprechend sollte die „ordnende Hand des Lehrers“ auch auf den Inhalt der Schülerzeitung Einfluss nehmen und eine thematische Beschränkung auf das Schulleben durchsetzen.

In diesem Sinn berichtete in einer 1956 erschienenen Broschüre ein Gymnasiallehrer von seiner Mitwirkung an der Schülerzeitung. Inhaltlich empfahl er eine Beschränkung auf „alles, was in der Schule passiert.“ Im Einzelnen führt er auf: Sportberichte, Reiseberichte, Prüfungstexte, Steckpferde, Berufsdarstellungen, Hausklatsch, Wettbewerbe, Schulprobleme, gute Aufsätze, Unterredungen mit bekannten Persönlichkeiten, Leserbriefe, Berichte über Sitzungen des Schülerrats, Besprechung anderer Schülerzeitungen, Aufrufe zu Sammlungen, Stilblüten, Fragebögen, Zeichnungen und Fotos.<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> Ascher, P.: Schülerzeitungen. In: Lexikon der Pädagogik. Bd. 4. 1955, Sp. 103.

<sup>51</sup> Adamitz 1951, S. 8.

<sup>52</sup> Ebd., S. 9.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Staiger 1956, S. 33 f.

Genau diese inhaltliche Beschränkung auf Schulthemen wurde von der Schülerzeitungsbewegung jedoch vehement bestritten. Der Dissenz kam schon auf der Gründungsversammlung der BAG zur Sprache und spitzte sich dann auf der ersten Bundesversammlung zu. Es ging um die Frage, welche Funktion die Schülerzeitung zu erfüllen habe. Diejenigen, die in dieser Auseinandersetzung die Gemeinschaftsidee in den Vordergrund stellten, orientierten sich an der Reformpädagogik. Wenn Jugend als eigener Wert verstanden werde, abgesondert von der Welt der Erwachsenen, dann sollten sich Schülerzeitungen auf Themen aus der Schulgemeinschaft beschränken.

Die Gegenposition vertrat die Auffassung, dass sich Schülerzeitungen auch mit dem Leben außerhalb der Schule beschäftigen sollten, also einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten hätten. Nicht Absonderung vom gesellschaftlichen Leben sollten Schülerzeitungen zum Ziel haben, sondern die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Problemen, durchaus vergleichbar mit der normalen Tagespresse. Der Streit beruhte dabei keineswegs auf unterschiedlichen politischen Anschauungen, denn ideologische Kämpfe fanden erst in den 1960er Jahren statt. „Nicht um Sendung, Weltanschauung oder gar Erneuerung der Lebenswirklichkeiten ging es den ersten Schülerredakteuren“<sup>55</sup>, sondern wie der ganzen Jugendgeneration der frühen 1950er Jahre um eine relative Sicherheit ihrer Lebensverhältnisse, „die sie sich dadurch zu schaffen sucht, daß sie eine möglichst umfassende Funktionstüchtigkeit erwirbt.“<sup>56</sup> Diese nüchterne und pragmatische Haltung, die Schelsky mit dem Begriff „skeptisch“ umschrieb, führte gerade bei den Schülerzeitungsredakteuren zu dem Wissen, „daß die Schule einen begrenzten Kreis der Lebensrealität einschließt, und man findet ohne große Opposition oder seelische Verklemmung gegenüber Schule und Lehrern in eigener außerschulischer Initiative die Zugänge zu den Realitätserfahrungen, die man für notwendig hält.“<sup>57</sup> Im Protokoll der ersten ordentlichen Bundesversammlung hieß es dementsprechend, dass

---

<sup>55</sup> Junge Presse 1961, S. 12.

<sup>56</sup> Roessler 1957, S. 441.

<sup>57</sup> Schelsky 1963, S. 237.

Schülerzeitungen dazu beizutragen hätten, „schöpferische und tatkräftige Persönlichkeiten heranzuziehen, die lernen Verantwortung zu tragen und damit mithelfen an der mitbürgerlichen Erziehung.“<sup>58</sup> Die in der Schülerzeitungsbewegung der 1950er Jahre mitwirkenden Jugendlichen beanspruchten also nicht, eine jugendeigene Sichtweise zu befördern, sondern suchten ihre „Funktionstüchtigkeit“ in der noch jungen Bundesrepublik unter Beweis zu stellen.

Die Parteien des Richtungsstreits lassen sich relativ eindeutig scheiden. Die Gemeinschaftsidee wurde insbesondere von den erwachsenen Mitgliedern des Freundeskreises vertreten<sup>59</sup>, während die Schülerzeitungsredakteure eine gesellschaftlich orientierte Linie vertraten. Die Position der Schülerzeitungsredakteure setzte sich schnell durch, als sich die BAG 1953 von ihrem Freundeskreis trennte. An dessen Stelle trat der Verein „Freunde der Jungen Presse“, aus dem 1954 der „Trägerkreis jugendeigener Zeitungen“ wurde. Dessen personelle Zusammensetzung gewährleistete hinfort, dass weitere Loyalitätskonflikte zur BAG in dieser Frage ausblieben.

Die durch zunehmendes Selbstbewusstsein gekennzeichnete Schülerzeitungsbewegung bewirkte nach und nach eine Liberalisierung auf Seiten der Schulen. Dies lässt sich gut an den verschiedenen Auflagen der „Schulrechtskunde“ dokumentieren, die Hans Heckel 1957 erstmals herausgab und später von Hermann Avenarius fortgeführt wurde. In der ersten Auflage heißt es: Die Schülerzeitung bedarf „zu ihrem Entstehen der Genehmigung der Konferenz bzw. des Schulleiters, und die Schule muß sich vorbehalten, auf ihren Inhalt Einfluß zu nehmen, nötigenfalls in der Form eines Vetos gegenüber einzelnen Beiträgen. Der Abdruck von Artikeln, die die Schule herabsetzen, einen Lehrer kränken oder das Ansehen der Schule mittelbar, etwa durch Albernheit schädigen, kann von der Schule verhindert werden.“<sup>60</sup> Diese

---

<sup>58</sup> Protokoll. Zit. nach Junge Presse 1961, S. 13.

<sup>59</sup> Parallel zur BAG wurde ein Freundeskreis gegründet, dem Erwachsene angehörten. Nur über ihn konnte sie institutionelle Förderung und Zuschüsse erhalten, da ihr aufgrund der Minderjährigkeit ihrer Mitglieder der Status eines eingetragenen Vereins verwehrt wurde.

<sup>60</sup> Heckel 1957, S. 312.

Auslegung, die sich in gleichem Wortlaut auch in der zweiten Auflage findet<sup>61</sup>, fand bis Mitte der 1960er Jahre in den Schulbehörden Anerkennung.<sup>62</sup> Der Wandel deutet sich dann seit der dritten Auflage aus dem Jahr 1965 an, der den Schulen nur noch ein Mindestmaß an Einfluss zugesteht.<sup>63</sup> Die Bestimmung der Schriftleitung, so wird weiter ausgeführt, sei „insbesondere Sache der Schüler“.<sup>64</sup> Heute gelten Schülerzeitungen im Rechtsverständnis als Druckschriften, „die von Schülern in eigener Verantwortung redigiert und vertrieben werden.“<sup>65</sup>

Diese Liberalisierung wurde gleichfalls durch die Pressegesetze der Länder flankiert. In Artikel 5 des Grundgesetzes wird das Recht behandelt, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Dieses Grundrecht wurde – wie alle übrigen ebenso – auch Minderjährigen zugestanden. Weiterhin wurde in Artikel 75 geregelt, dass dem Bund zwar die Regelung der Rahmenverhältnisse der allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse zustehe, Einzelregelungen allerdings Sache der Länder seien<sup>66</sup>. Damit war für die Verfassungen der Länder auch die Aufgabe verbunden, gesetzliche Bestimmungen für Schülerzeitungen zu finden. Bis zur Verabschiedung von Landespressegesetzen galten die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Presse von 1874.

In Hessen wurde bereits 1949 ein Landespressegesetz beschlossen, das auch die Verantwortung von Schülerzeitungen regelte. Im „Gesetz über Freiheit und Recht der Presse“ vom 23. Juni 1949 wurden in § 7, Abs. 3 zunächst die persönlichen Voraussetzungen für verantwortliche Redakteure festgelegt. Es heißt darin: Als „verantwortlicher Redakteur kann nur tätig sein und beschäftigt werden, wer ... 3. das 21. Lebensjahr vollendet hat, 4. unbeschränkt geschäftsfähig ist“. Diese an das Reichspressegesetz erinnernde Regelung wird allerdings in Abs. 4 modifiziert: „Die Vorschriften des Abs. 3 Nr. 3 und 4 gelten nicht für Druckwerke,

---

<sup>61</sup> Heckel 1960.

<sup>62</sup> Vgl. Mickel 1967, S. 189.

<sup>63</sup> Heckel 1965, S. 334.

<sup>64</sup> Ebd. In späteren Auflagen werden der Schule weder Einfluss noch Verantwortung auf Schülerzeitungen zugestanden (Heckel 1976, S. 319), die als außerschulische Einrichtungen zu verstehen seien (Avenarius 2000, S. 554).

<sup>65</sup> Heckel/Avenarius 2000, S. 554.

<sup>66</sup> Vgl. Cramer 1964.

die von Jugendlichen für Jugendliche herausgegeben werden.“<sup>67</sup> Entsprechende Zusätze wurden in den 1960er Jahren von den Pressegesetzen der anderen Länder übernommen. Damit wurde nach und nach in der ganzen Bundesrepublik ein Rechtsanspruch für Schüler zur eigenverantwortlichen Herausgabe von Schülerzeitungen eingeräumt.

Zensur war demnach verboten.<sup>68</sup> Allerdings bestand von Seiten der Schulen eine Einspruchsmöglichkeit, wenn durch einen Artikel ihr Erziehungsziel gefährdet wurde. „Schüler sind in dem Grundrecht der Pressefreiheit insoweit eingeschränkt, als es das Erziehungsziel erfordert.“<sup>69</sup> Reaktionsmöglichkeiten von Seiten der Schule bestanden im nicht einvernehmlich lösbaren Konfliktfall etwa im Verkaufsverbot auf dem Schulgelände und damit im Entzug der wirtschaftlichen Basis der Schülerzeitung.<sup>70</sup>

Angesichts dieser bis in die 1960er Jahre herrschenden, eher Verwirrung erzeugenden Gesetzeslage verwundert es nicht, dass alle möglichen Formen der Verantwortlichkeiten praktiziert wurden. Ein Blick in Schülerzeitungen des Jahres 1954 weist Titel auf, die laut Impressum nur von Schülern verantwortet wurden<sup>71</sup>, andere führen auch den Namen des Beratungs- oder Vertrauenslehrers auf<sup>72</sup>. In der eindeutigen Minderheit dagegen sind jene Ausgaben, in denen Lehrer etwa in der Funktion als Schriftleiter benannt werden<sup>73</sup> – und somit eigentlich eher zur Gattung der Schulzeitung gehören<sup>74</sup>.

---

<sup>67</sup> Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse vom 23.6.1949. In: Amtsblatt des Hessischen Ministeriums für Kultus und Unterricht 2 (1949), Nr. 6, S. 290.

<sup>68</sup> Vgl. Cramer 1964, S. 16.

<sup>69</sup> Ebd., S. 28.

<sup>70</sup> Dass die „Pädagogik des Durchgreifens“ der 1950er Jahre darüber hinaus über einen Katalog an individualisierten Strafen verfügte, sei nur angedeutet (vgl. Gass-Bolm 2002).

<sup>71</sup> Z.B. „Der Dreiklang“ aus Bremen, „Der Kneifer“ aus Berlin, „Unsere kleine Welt“ aus Bad Homburg, „Für Uns“ aus Hamburg oder „Lorchen“ aus München.

<sup>72</sup> Z.B. „Forum“ aus Pirmasens, „Die Oase“ aus Wanne-Eickel, „Nürnberger Trichter“ aus Nürnberg.

<sup>73</sup> Z.B. „Martino-Katharineum“ aus Braunschweig.

<sup>74</sup> In dem Merkmal der presserechtlichen Verantwortung unterscheidet sich eine Schülerzeitung von einer Schulzeitung, die „eine Veranstaltung der Schule ist und bei der Schulleitung oder Lehrer maßgeblichen Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung nehmen“ (Heckel/Avenarius 2000, S. 554), auch wenn Schüler vielfach zur Mitarbeit herangezogen werden.



Insgesamt ist davon auszugehen, dass eine Behinderung von Schülerzeitungen eher die Ausnahme als die Regel darstellte. Darauf weist schon das Wachstum neuer Titel hin. Dies lag zumindest in den 1950er Jahren auch daran, dass die von der Schülerzeitungsbewegung geforderte Behandlung von tagespolitischen Fragen in der Realität eine untergeordnete Rolle spielte. Schon Konrad Adenauer hatte in einem Leserbrief in einer der ersten Nummern der 1953 gegründeten Schülerzeitung „Schüler-Echo“ der Berliner Shadow-Schule geschrieben: „Von der aktuellen Tagespolitik solltet ihr in den Schülerzeitungen die Finger lassen. Es genügt, meine ich, wenn sich darüber Männer und Frauen mit einiger Lebenserfahrung auseinandersetzen“<sup>75</sup>. An diese Prämisse hielten sich die meisten Redaktionen – nur 10 % der Beiträge widmeten sich politischen Themen. Darunter finden sich zwar durchaus Artikel mit partiell kritischer Tendenz, die sich aber auf dem Boden eines konsensuell für richtig empfundenen politischen Systems wissen, das von einer respektierten und geachteten politischen Elite getragen wird.<sup>76</sup>

Diese Beobachtung korrespondiert mit Erinnerungen von Schülerzeitungsfunktionären aus den 1950er und frühen 1960er Jahren. Anlässlich des 30. Gründungsjahres der Deutschen Jugendpresse<sup>77</sup> wurden Veteranen der Schülerzeitungsbewegung interviewt. Manfred Rixin, ein maßgeblicher Funktionär der Schülerzeitungsbewegung in den 1950er Jahren erinnert sich: „Die Junge Presse (d.h. die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse – C.R.) hat in den 50er Jahren – von einzelnen Mitgliedern abgesehen – keine grundlegende Kritik an der Linie Adenauers geübt. So wie ich die Junge Presse erlebt habe, war sie keine regierungskritische Institution. Der Grundkonsens der Adenauer-Zeit wurde erst im Zeichen der Debatte um die atomare Aufrüstung seit 1958 durchbrochen.“<sup>78</sup>

---

<sup>75</sup> Zit. nach Durchleuchter 1977, S. 52.

<sup>76</sup> Vgl. Lökk 1987.

<sup>77</sup> Die 1952 gegründete „Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse“ wurde zum 31.3.1967 aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahm die am 19.2.1967 gegründete „Deutsche Jugendpresse e.V. Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Medien“.

<sup>78</sup> 30 Jahre Deutsche Jugendpresse 1997, S. 16. Manfred Rixin war erster politischer Referent der BAG, später Redakteur beim RIAS und ZDF (vgl. Bartels, S. 29; 30 Jahre Deutsche Jugendpresse, S. 13).

Etwas später, nämlich mit der „Spiegel-Affäre“, setzt Klaus Allerbeck den politischen Umschwung an. „Das (die Spiegel-Affäre – C.R.) war auch ein Auslöser. Als Jugendpresse identifizierten wir uns ja mit der ‚richtigen‘ Presse. Wenn ein Überfall auf ein Presseorgan stattfindet, dann lässt einen das nicht unberührt.“<sup>79</sup> Auch Hartmut Holzapfel nahm zu diesem Zeitpunkt einen Wandel wahr: „Anfang der 60er Jahre war das Schülerzeitungsspektrum schon weit mehr durch oppositionelle Stimmen geprägt.“<sup>80</sup> Die klaglos hingenommene Empfehlung Adenauers des Jahres 1953 stieß Ende der 1950er Jahre auf späten Widerspruch. In einem Diskussionsbeitrag in der gleichen Schülerzeitung schrieb ein Schüler: „Wenn ich mich heute gegen diesen Rat wende, so deshalb, weil gerade wir Berliner und damit die Berliner Jugend in einem lange nicht mehr gekannten Ausmaße in der Tagespolitik ‚drinstecken.‘“<sup>81</sup>

#### 4. Opposition der späten 1960er Jahre

In den folgenden Jahren setzte eine oppositionelle Grundhaltung ein und steigerte sich insbesondere in einigen großstädtischen Schülerzeitungen in der Nachfolge der Studentenbewegung. Dies wird für viele Beratungslehrer manche bisher unbekannte Konflikte zur Folge gehabt haben und erforderte sicherlich einen höheren Diskussionsaufwand, um die schulischen Erwartungen etwa hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Schulfriedens oder der Wahrung des Autoritätsverhältnisses erfüllt zu bekommen. Zumal sich in den 1960er Jahren eine Abkehr des früheren „scharfen Durchgreifens“ durchsetzte und damit andere Lösungen für tatsächliche oder vermeintliche Disziplinprobleme erforderte.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> 30 Jahre Deutsche Jugendpresse 1997, S. 35. Klaus Allerbeck war Schülerzeitungsredakteur u.a. für „meinungen und zeitungen“, einem Organ der BAG. Später Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt/M.

<sup>80</sup> Ebd., S. 37. Hartmut Holzapfel war in den 1960er Jahren Vorsitzender der „Jungen Presse Hessen“, später hessischer Kultusminister.

<sup>81</sup> Schüler-Echo 7 (1959), S. 3.

<sup>82</sup> Vgl. Gass-Bolm 2002, S. 453.

In der Regel scheint dies gelungen zu sein. Eine Befragung von 1111 Schülerzeitungen im Jahr 1968 suchte u.a. Konflikte zwischen Schule und Schülerzeitungsredaktionen sowie Fälle von Zensur zu ermitteln.<sup>83</sup> Die große Mehrheit der antwortenden Chefredakteure (83,4 %) bestätigten die Beteiligung der Schule an ihrer Schülerzeitung in Form etwa eines Beratungs- oder Vertrauenslehrers. Bei 79,2 % wurde dieser Lehrer jedoch von den befragten Redaktionen gewählt, so dass eher von Förderung und Hilfestellung ausgegangen werden kann, als von Bevormundung und Behinderung. Das überwiegende Vertrauensverhältnis kann auch daraus geschlossen werden, dass nur 49,9 % der zuständigen Lehrer an den Redaktionssitzungen teilnahmen. Von den Redaktionen, an deren Sitzungen ein Lehrer teilnahm, gaben 15,1 % an, dies als Zensur zu empfinden. Ob diese Angabe mit den nicht von den Redaktionen gewählten Lehrern korreliert, ist der Auswertung nicht zu entnehmen.

Die Kontrolle des Arbeitsergebnisses war allerdings immer noch verbreitet. 52,6 % der Redaktionen mussten jede Ausgabe vor Druckbeginn dem Direktor oder dem Beratungslehrer vorlegen. Bei 39,6 % hatte die Überprüfung nur formellen Charakter, die Zeitungen wurden also ohne Beanstandung akzeptiert. Weitere 39,1 % gaben an, dass „ganz selten kleine Änderungen“ angemahnt wurden. Immerhin verbleiben 16,1 %, die „öfter“ mit Änderungswünschen konfrontiert wurden.

Zu größeren und nicht einvernehmlich lösbaren Konflikten kam es in 13,2 % der Schülerzeitungen. Davon konnte in 34,9 % der Fälle durch Entfernung einzelner Seiten oder Unkenntlichmachung der beanstandeten Textstellen ein Erscheinen ermöglicht werden, bei 31,1 % wurde ein Vertriebsverbot im Bereich der Schule erteilt. Dabei sind die von den Schulen angegebenen Zensurbegründungen der mit Vertriebsverbot belegten Ausgaben interessant:

---

<sup>83</sup> Hintz/Lange 1969.

Begründungen	Nennungen in %
Beleidigender Inhalt eines Beitrags	35,9
Ein Beitrag untergräbt die Autorität des Direktors bzw. eines Lehrers	21,7
Zu große Freizügigkeit in sexuellen Beiträgen oder Abbildungen	21,7
Die ganze Tendenz der Ausgabe ist radikal	19,8
Zu große politische Einseitigkeit	18,9
Erziehungsauftrag der Schule wird gefährdet	15,1
Verstöße gegen Rechtsvorschriften	10,4
Ein Beitrag verletzt die Würde der Nation	6,6
Politischer Artikel ist einfach unwahr	5,7
Zeitschrift steht nicht auf dem „Boden des Grundgesetzes“	3,8
Keine Begründung	2,8

Hintz/Lange 1969, S. 108. Es konnten mehrere Antwortvorgaben angekreuzt werden.

Selten gelangte ein nicht einvernehmlich lösbarer Konflikt an die Öffentlichkeit. 1967 titelte die „Bildzeitung“: „Schülerzeitung darf nicht verkauft werden. Direktor: ‚Das ist Greuelpropaganda‘“. Anlass dafür bildete ein Beitrag über Foltermethoden in Spanien, der in der von Schülern der Berliner Schadow-Schule herausgegebenen Schülerzeitung „Roter Turm“ vorgesehen war. Nicht nur der „Bildzeitung“ schien dieser Vorgang eine Geschichte wert zu sein, sondern auch der „Welt“ und dem „Spiegel“. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass deren Interesse an dem schulinternen Vorgang weniger dem Artikel galt. Denn weder dem Autor noch der behandelten Thematik galt das vorrangige Interesse der Presse, sondern jenem Schüler, der als Roter Turm-Redakteur den Artikel „bestellt“ hatte, handelte es sich doch um den Sohn des amtierenden Bundesaußenministers

Willy Brandt: Des wegen seiner „Aufmüpfigkeiten stadtbekannten Zöglings“<sup>84</sup> Peter Brandt.

Solches mediale Aufsehen war geeignet, der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass die Schülerzeitungspresse der späten 1960er Jahre in gleicher Weise politisiert sei wie viele Publikationen aus der Studentenbewegung, und dass Konflikte zwischen Schülerzeitungsredaktion und Schulleitung eher den Alltag als die Ausnahme darstellen. Diese Einschätzung ist allerdings nicht zutreffend. Vor allem ist davon auszugehen, dass die Schulen sehr unterschiedlich auf vermeintlich oder tatsächlich anstößige Artikel reagierten. Was an der einen Schule noch akzeptiert wurde, war an einer anderen verboten. Denn bundeseinheitliche Regelungen oder gar Beurteilungskriterien gab es nicht. „Austragungsort der Grundsatzfrage, ob zensiert werden sollte oder nicht, ob und wann der Vertrieb einer Zeitung auf dem Schulgelände verboten werden konnte, blieb die einzelne Schule.“<sup>85</sup>

Die Auflistung der Zensurbegründungen lässt zu Recht vermuten, dass in den Schülerzeitungen des Jahres 1968 politische Themen einen sehr viel breiteren Raum einnahmen, als dies in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Fall war. In der Fragebogenaktion wurde deshalb die Benennung politischer Themenfelder erbeten, die im Vorjahr – also 1967 – behandelt wurden.

Themen	Nennungen in %
Forderungen der Studenten	39,1
Nationaldemokratische Partei	36,3
Bundeswehr	34,8
NPD	31,9
Probleme der Presse	28,8
Berlin	26,0
Wiedervereinigung Deutschlands	26,0
Recht auf Demonstration	24,4
Kriegsdienstverweigerung	23,5
Notstandsgesetze	23,2
Osteuropäische Staaten	20,9

---

<sup>84</sup> Der Spiegel 17/1967 vom 17.04.1967, S. 58.

<sup>85</sup> Bartels 1987, S. 106.

Grundrechte nach dem Grundgesetz	19,9
Rassenprobleme in den USA oder Südafrika	18,8
Tod des Studenten Ohnesorg	17,2
Rechte und Pflichten der Polizei in der Demokratie	15,3
Kulturrevolution in China	12,8
Wahlrechtsfragen in Deutschland	10,9
Schah von Persien	10,1
Entwicklung der Parteien	5,9
Veränderung der Verhältnisse in Griechenland	4,6
SPD-Parteitag	3,5
NS-Prozesse	2,8
Arbeit der Geheimdienste in Deutschland	1,0
Unzufriedenheit der Bauern in Deutschland	0,7
Zu keinem der genannten Themen	9,0

Hintz/Lange 1969, S. 92<sup>86</sup>

Damit wurden genau die Themen behandelt, die die Studenten umtrieben. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass die Artikel etwa zu den Studentenunruhen meistens aus einer Beobachterposition geschrieben wurden, nicht als selbst Beteiligte. Andere Beiträge dokumentieren Betroffenheit über die in der Welt anzutreffenden Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten, etwa im Zusammenhang mit Rassismus, Krieg, Ost-West-Fragen oder Dritte-Welt-Problematik. Meistens blieb es bei einem Ausdruck des Unbehagens, manchmal begleitet durch eine gefühlsmäßig empfundene oppositionelle Haltung gegenüber der Welt der Erwachsenen. Sie drückte sich jedoch eher selten in Nachrichten, Reportagen oder Kommentaren aus, sondern in feuilleto-

---

<sup>86</sup> Es konnten mehrere Antwortvorgaben angekreuzt werden. Die Begründung der Herausgeber für die Doppelung „Nationaldemokratische Partei“ und „NPD“ in den Antwortvorgaben ist wenig überzeugend und lässt eher vermuten, dass es sich um ein Versehen gehandelt hat.



nistischen Formen wie Gedichten, Karikaturen, Collagen u.a.m. (vgl. Abb. 1-7)

In etwa der gleichen Anzahl wie Artikel zu politischen Themen finden sich Beiträge zu Fragen der Jugendkultur. Dabei wurden Eigenständigkeit und Differenz zur Erwachsenenwelt hervorgehoben und auch kritische Töne angeschlagen, die aber offenbar weit überwiegend auf eine liberale Schulhaltung trafen. In einigen Schulen stieß zu „große Freizügigkeit in sexuellen Beiträgen oder Abbildungen“<sup>87</sup> auf Ablehnung, aber als Thema war es in vielen Schülerzeitungen präsent. Ebenfalls in das Umfeld der Jugendkultur fallen Artikel zur Popmusik (Konzertberichte, Hitparaden), zur Mode oder zur Hippie/Gammlerbewegung (vgl. Abb. 8-12).

Den breitesten Raum schließlich fanden wie in den 1950er Jahren Artikel zum Schulleben. Dies betrifft etwa Berichte zu Sportveranstaltungen, Schulfesten oder Klassenreisen sowie Beiträge, die einen Einblick in das Lehrer-Schüler-Verhältnis bieten (vgl. Abb. 13-17).

Schulleben, Jugendkultur und politische Themen sind die drei Felder, die in nahezu jeder Schülerzeitung vorherrschend sind, wenn sich auch die Anteile verändern. Eine ins Einzelne gehende Inhaltsanalyse der Schülerzeitungen zwischen der Nachkriegszeit und 1968 steht noch aus.

Zwar entstanden die Schülerzeitungen in der Regel unter Mitwirkung von Lehrern, und in die Arbeit der Schülerzeitungsredaktionen flossen Anliegen und Erwartungen der Schule ein, selbst dann, wenn von pädagogischer Seite die Nichteinmischung als Prinzip erhoben wurde. Aber dennoch handelt es sich um Äußerungen von Jugendlichen, die nicht wie im sonstigen Schulalltag im Auftrag eines Lehrers geschrieben werden mussten, sondern aus eigenem Antrieb und Interesse. „Exhibitionismus! Man wollte schreiben und gedruckt werden – ist doch klar“, so Michael Rutschky<sup>88</sup> im Rückblick auf seine Zeit als Schülerredakteur.

---

<sup>87</sup> Hintz/Lange 1969, S. 109.

<sup>88</sup> Rutschky war in den frühen 1960er Jahren Vorsitzender der Jungen Presse Hessen. Heute Autor und Filmemacher.

## Literatur

- 30 Jahre Deutsche Jugendpresse. Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Medien e.V. Ein Lese- und Bilderbuch. Berlin 1997.
- Adamitz, Horst: Die Schulzeitschrift. Aufgaben, Bedeutung und technische Voraussetzungen. Goslar 1951.
- Bartels, Hans-Peter: Junge Presse. Geschichte eines jugendeigenen Verbandes 1952-1967. (Texte zur politischen Theorie und Praxis) Marburg 1987
- Beisbart, Ortwin: Deutschunterricht und Lehrerbild bei Essen, Ilshöfer und Helmers. In: Beisbart, Ortwin/Mieth, Annemarie (Hrsg.): Deutschlehrer-Bildung im Wandel. Frankfurt/M. 1999, S. 175-199.
- Braun, Birgit: Umerziehung in der amerikanischen Besatzungszone. Die Schul- und Bildungspolitik in Württemberg-Baden von 1945 bis 1949. Münster 2004.
- Burschka, Manfred H.: Re-education und Jugendöffentlichkeit. Orientierung und Selbstverständnis deutscher Nachkriegsjugend in der Jugendpresse 1945-1948. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit. Diss. Göttingen 1987.
- Cramer, Dettmar: Die Zensur bei Schüler- und Studentenzeitungen. Bonn 1964.
- Dovifat, Emil: Zeitungswissenschaft. Bd. 1: Allgemeine Zeitungslehre. Berlin 1931.
- Durchleuchter, Ralph: Die Schülerpresse. In: Frankfurter Hefte 1977, H. 6, S. 49-57.
- Froese, Leonhard: Einleitung. In: Froese, Leonhard (Hrsg.): Bildungspolitik und Bildungsreform. Amtliche Texte und Dokumente zur Bildungspolitik im Deutschland der Besatzungszonen, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. München 1969, S. 13-74.
- Führ, Christoph: Institutsgründung als Lebensarbeit. Erich Hylla (9.5.1887 - 5.11.1976) und die Gründung der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt a.M. als Beispiel deutscher Gelehrtenpolitik in der Nachkriegszeit. In: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. Wiedereröffnung am 2. März 1994. Berlin 1994, S. 30-37.

- Gass-Bolm, Torsten: Das Ende der Schulzucht. In: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002, S. 436-466.
- Gebhardt, Hartwig: Mediengeschichte als Kulturgeschichte. In: Böning, Holger u.a. (Hrsg.): Deutsche Presseforschung. Bremen 2004, S. 17-28.
- Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland. Bericht der Amerikanischen Erziehungskommission. (Veröffentlichungen der Deutschen Pädagogischen Arbeitsstelle ; 1) München 1946.
- Hebel, Franz: Die Entwicklung des sprachlichen Gestaltungsvermögens. Versuche im Englischunterricht in den USA. In: Der Deutschunterricht 19 (1967), H. 5, S. 63-77.
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. Berlin 1957.
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. 2., verb. und erg. Aufl. Berlin 1960.
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. 3. neu bearb. Aufl. Neuwied 1965.
- Heckel, Hans/Avenarius, Hermann: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft. 7., Neubearb. Aufl. Neuwied 2000.
- Herrmann, Ulrich: Die Jugendkulturbewegung. Der Kampf um die höhere Schule. In: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend. Frankfurt 1985, S. 224-244.
- Hintz, Jan-Peter/Lange, Detlef (Hrsg.): Schüler und ihre Presse. Berlin 1969.
- Junge Presse. Rückblick und Bestandsaufnahme. Itzehoe 1961.
- Laermann, K.: Der Skandal um den Anfang. Ein Versuch jugendlicher Gegenöffentlichkeit im Kaiserreich. In: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hrsg.): „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend. Frankfurt 1985, S. 360-381.
- Lexikon der Pädagogik. Bd. 1-4. Freiburg 1913-1917.
- Lokk, Peter: Die Ära Adenauer im Spiegel der jugendeigenen Presse der Jahre 1949 bis 1963 in Bayern. Magisterarbeit. Nürnberg 1987.
- Malsch, Fritz: Zeitungslektüre in der Schule. In: Die Arbeitsschule 42 (1928), S. 311-317.

- Mickel, Wolfgang: Politische Bildung an Gymnasien 1945-1965. Analyse und Dokumentation. (Bildungssoziologische Forschungen ; 2) Stuttgart 1967.
- Mickel, W.: Politische Bildung an Gymnasien 1945-1965. Stuttgart 1967.
- Münster, Hans A.: Jugend und Zeitung. Berlin 1932.
- Ott, Hanns: Förderung des Jugendschrifttums durch den Staat. In: Jugendliteratur 1 (1955), S. 156-159.
- Peterich, Eckart (Hrsg.): Der Anfang. Zeitschrift der Jugend. Lauenburg a. d. Elbe 1922.
- Popp, Wolfgang: Die Ausgangssituation für die Neubildung des Faches Deutsch 1945-1969. In: Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Deutschunterricht zwischen Bildungsnot und Bildungskrise. Rückblicke auf die Zeit 1945/46 bis 1968. Frankfurt/Main 1992, S. 24-46.
- Radde, Gerd: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit. Frankfurt/M. 1999.
- Reuber, Emil: Zeitung in Erzieherhand. Dortmund 1956.
- Roessler, Wilhelm: Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart. Düsseldorf 1957.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. (Das moderne Sachbuch ; 8) Düsseldorf 1963.
- Staiger, Max: Die Schülerzeitschrift. In: Rust, Fritz (Hrsg.): Die Schülermitverwaltung (SMV). Bühl 1956, S. 31-39.
- Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte. 2 Aufl. Konstanz 2005.
- Ulshöfer, Robert: Anleitung der Schüler zum Gebrauch der Massenmedien. Eine Aufgabe des Deutschunterrichts. In: Der Deutschunterricht 21 (1969), H.1, S. 5-13.
- Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts. Berlin 1891.
- Warstat, Willi: Die Schulzeitschrift. Leipzig 1915.
- Wellmer, Meta: Unsere Zeitungen und unsere Jugend. In: Allgemeine deutsche Lehrerzeitung 32 (1880) 32, S. [277]-278.
- Widmann, Simon: Die Zeitungslektüre der Jugend und die Schule. In: Gymnasium 16 (1898), S. 545-554.
- Wyneken, Gustav: Die neue Jugend. Ihr Kampf um Freiheit und Wahrheit in Schule und Elternhaus in Religion und Erotik. 4. Aufl. München 1919.

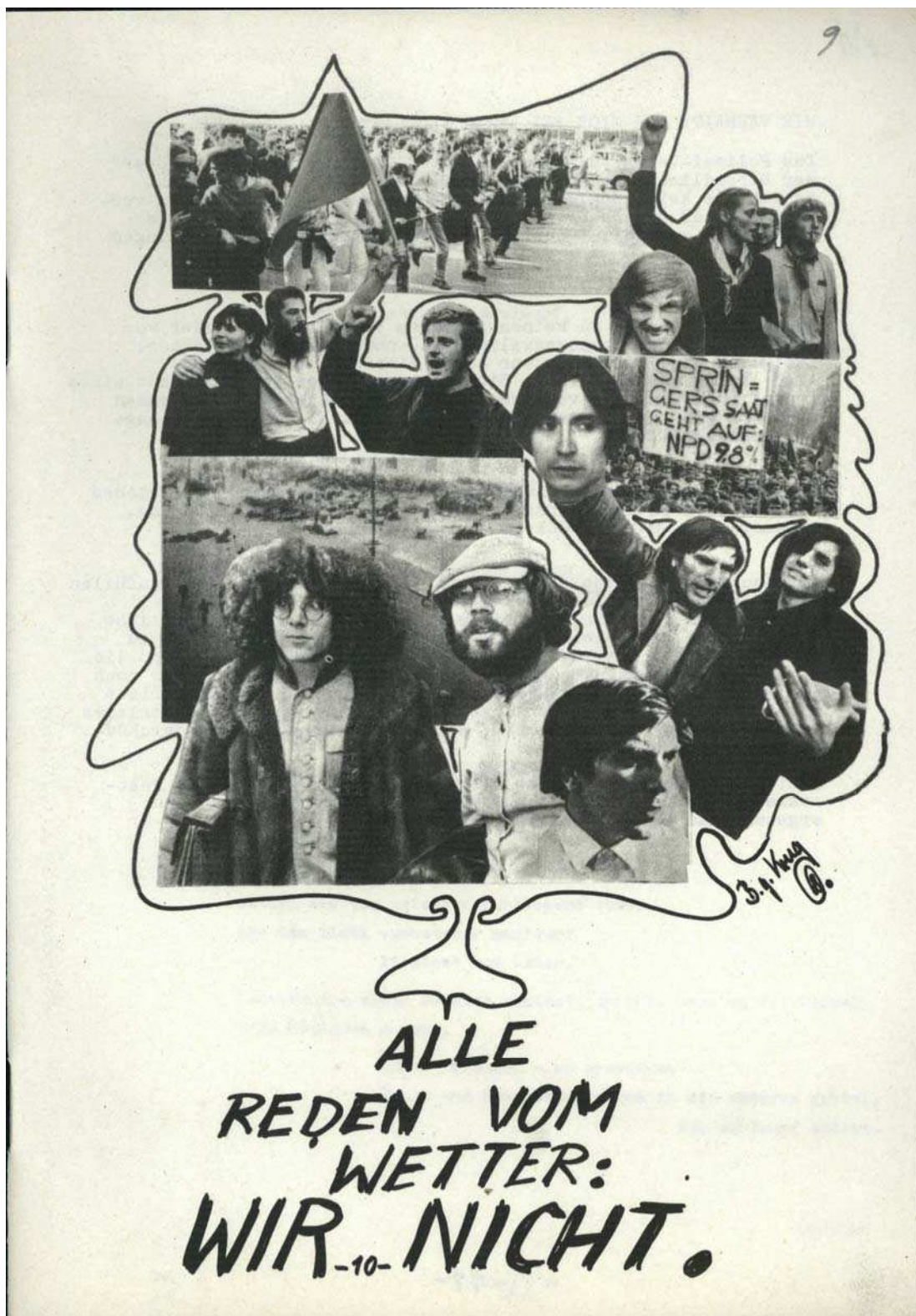


Abb. 1. Unsere Note. Schülerzeitung des Aufbaugymnasiums Herdecke 1968



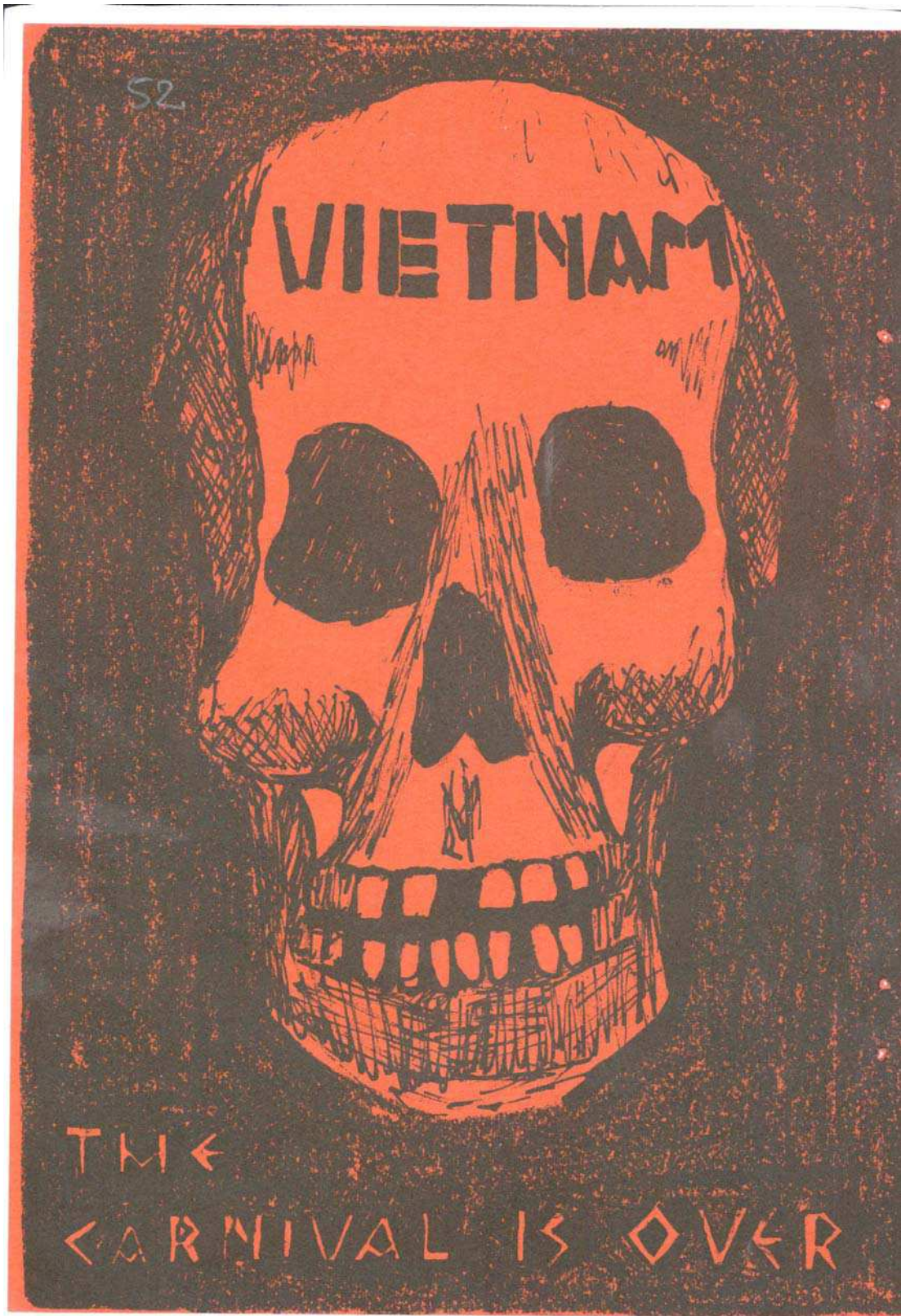


Abb. 2. Unsere Welt. Schülerzeitung am priv. Ernst Kalkuhl Gymnasium  
Oberkassel <Bonn-Oberkassel>. 1968



# Tageslauf eines Studenten\*

Frei kolportiert nach  
den Notizen eines  
Redakteurs von Jolanda  
Treidler, Gunther Wösch;  
Idee: Thomas Blunck.

\*

u.a. auch: Langbehaarter Affe  
FU-Chinese  
immatrikulierter Mob



Abb. 3. Select. Wirtschaftsgymnasium Schlankreye <Hamburg>. 1968, März

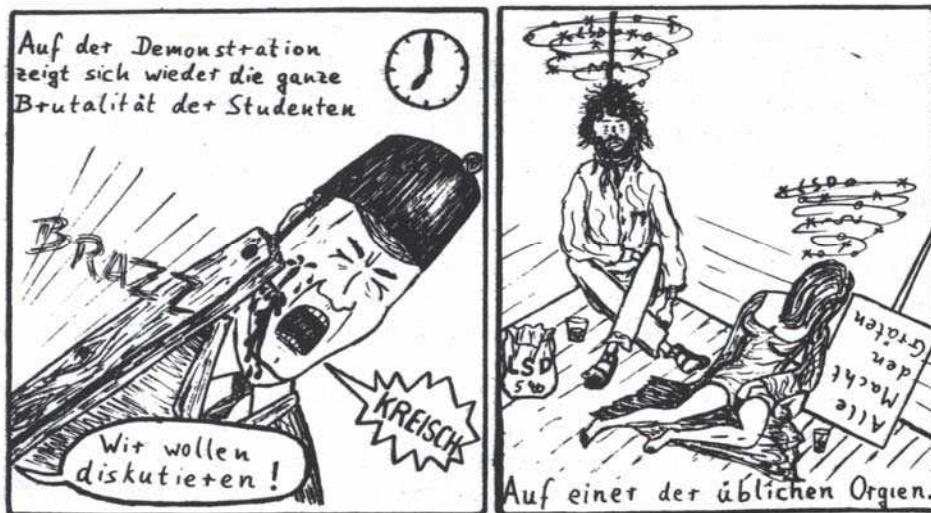
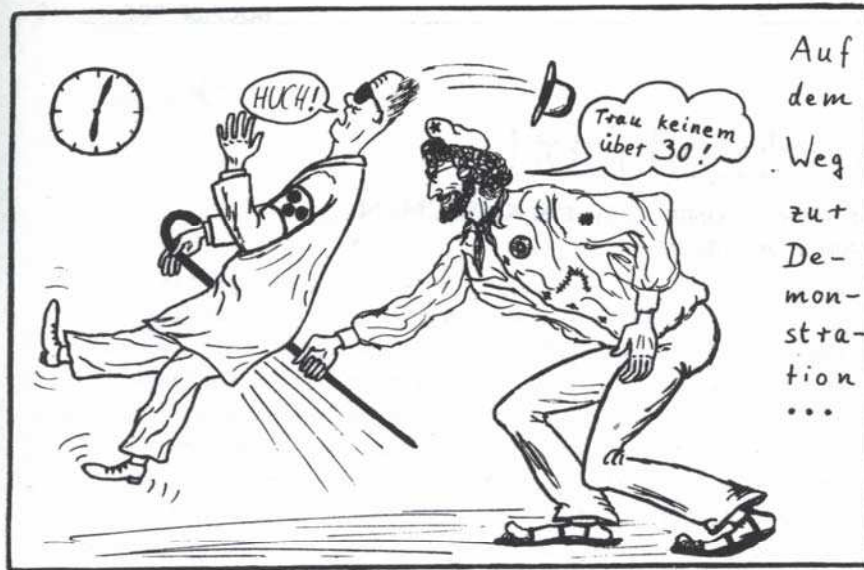


Abb. 4. Select. Wirtschaftsgymnasium Schlankreye <Hamburg>. 1968, März



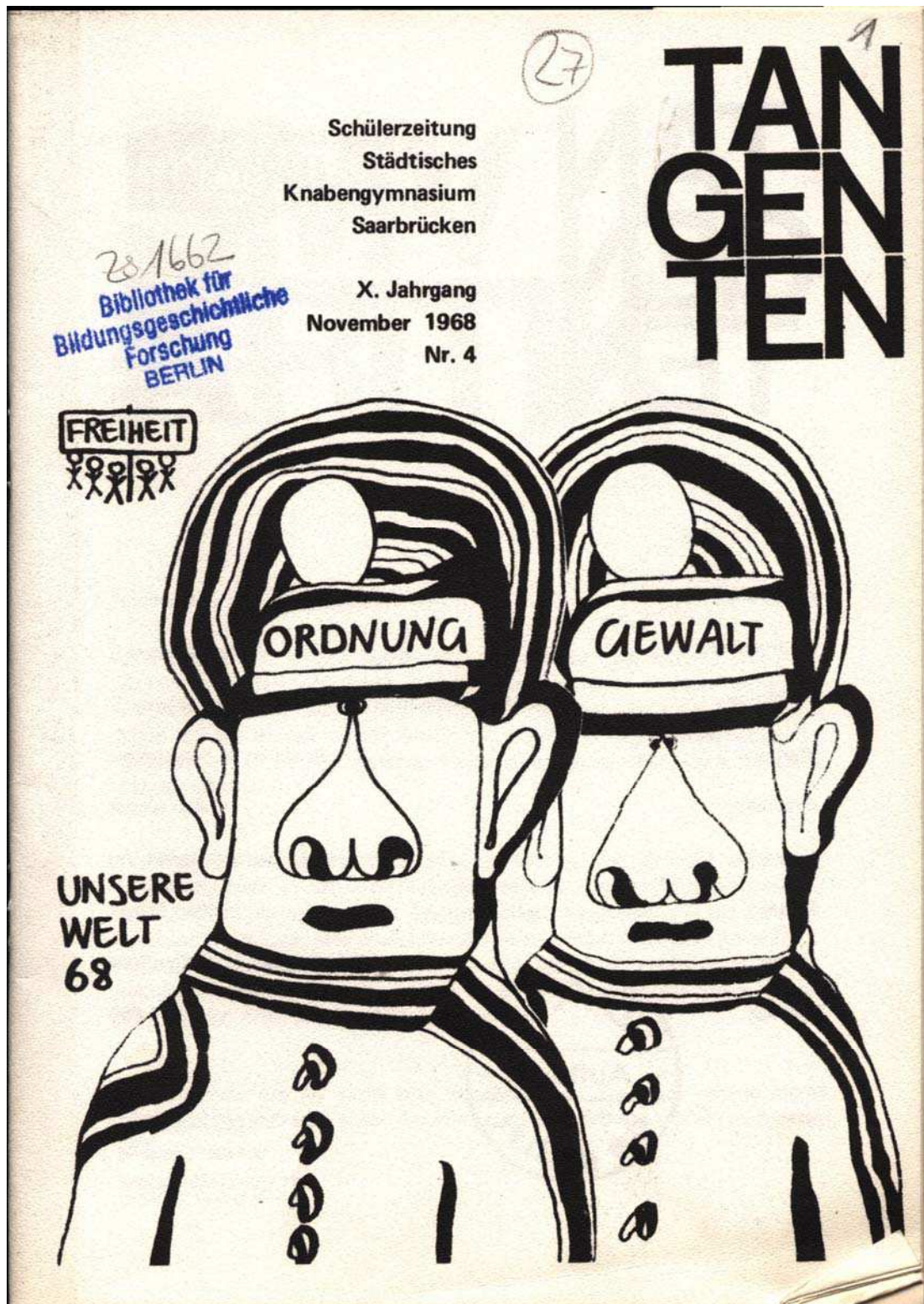


Abb. 5. Tangenten. Schülerzeitung Städtisches Knabenrealgymnasium Saarbrücken. 10 (1968), Nr. 4



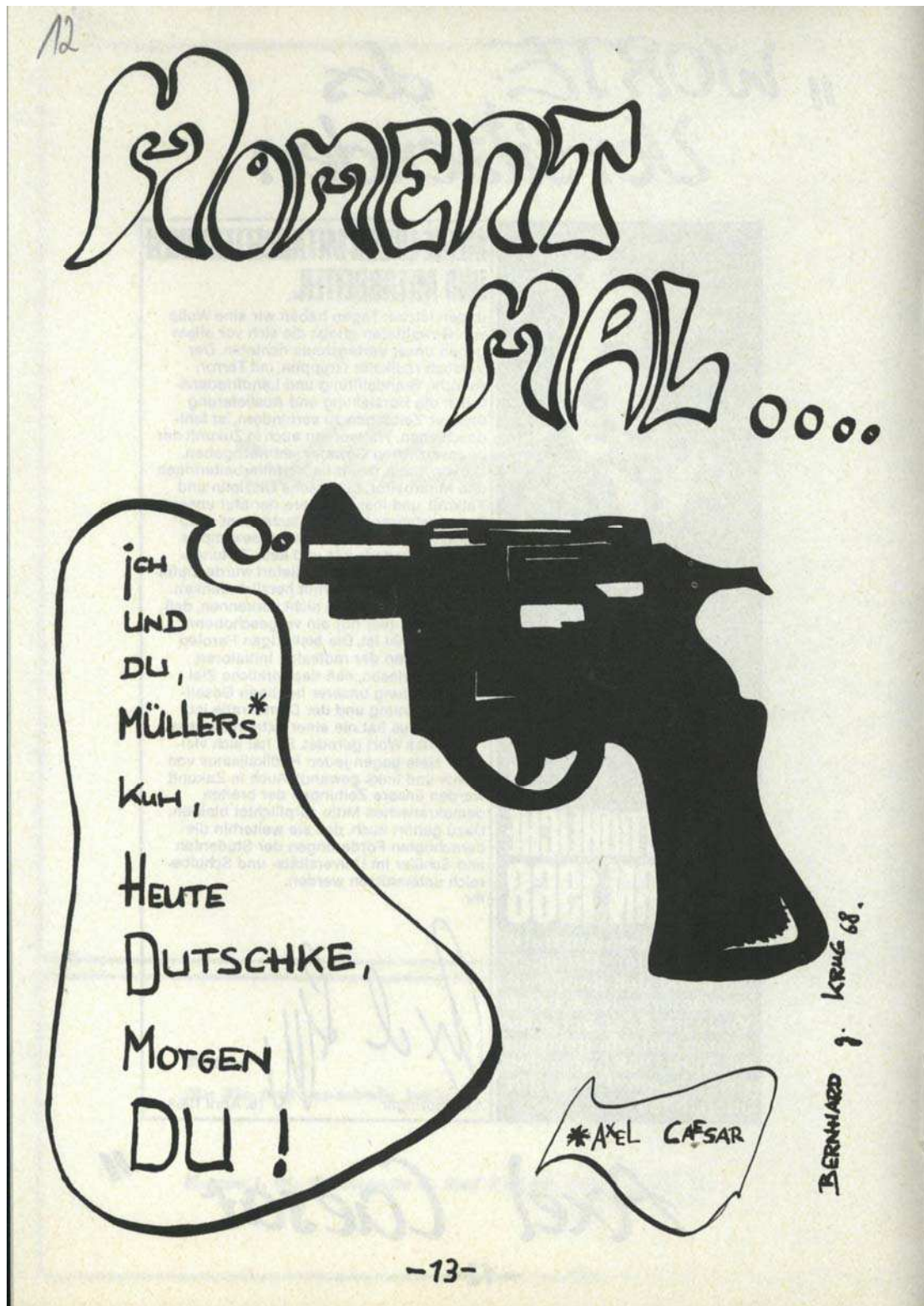


Abb. 6. Unsere Note. Schülerzeitung des Aufbaugymnasiums Herdecke. 1968



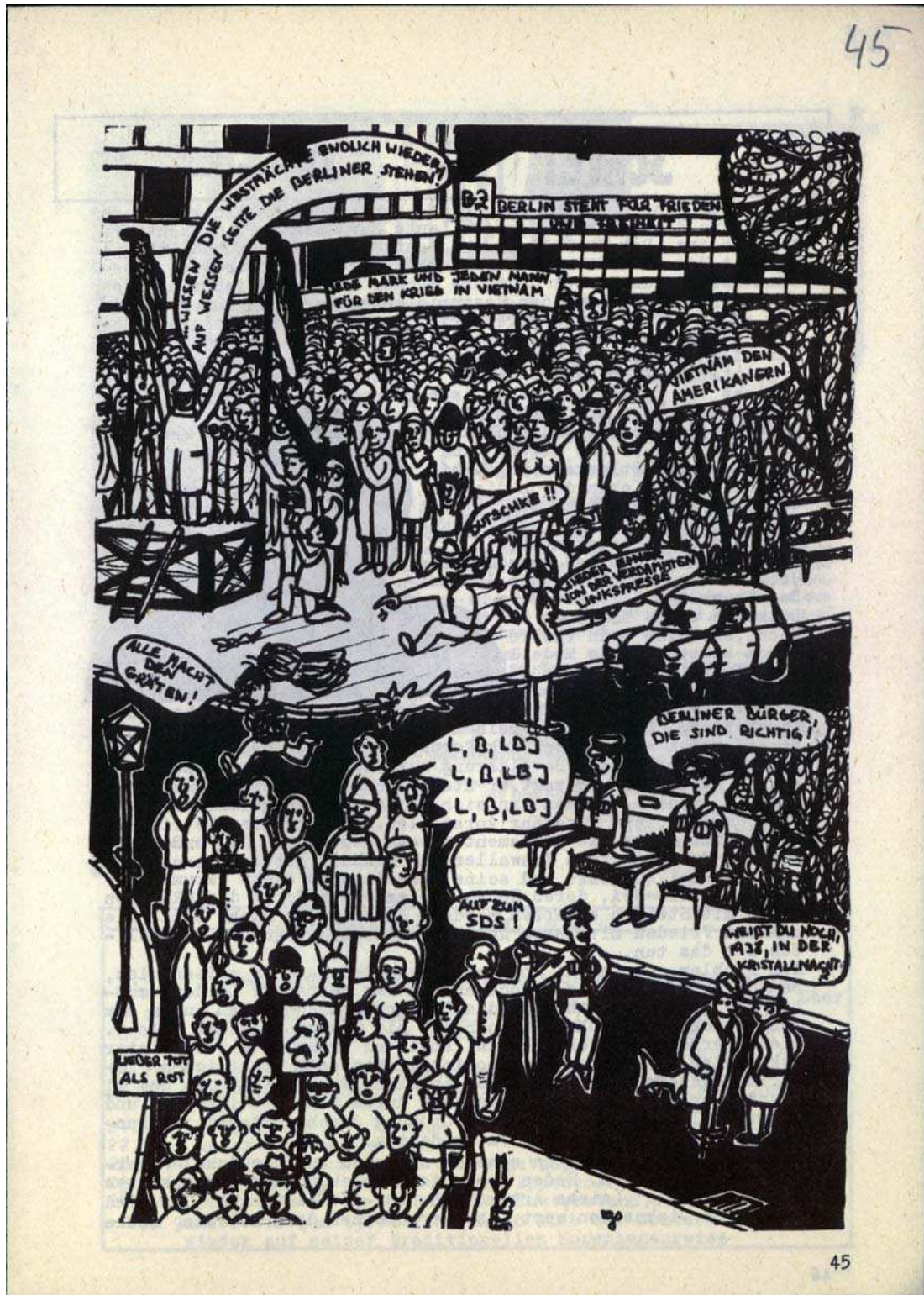


Abb. 7. Das Periskop. Die Schülerzeitung der Eppendorfer Gymnasien  
 <Hamburg>. 1968, Nr. 23

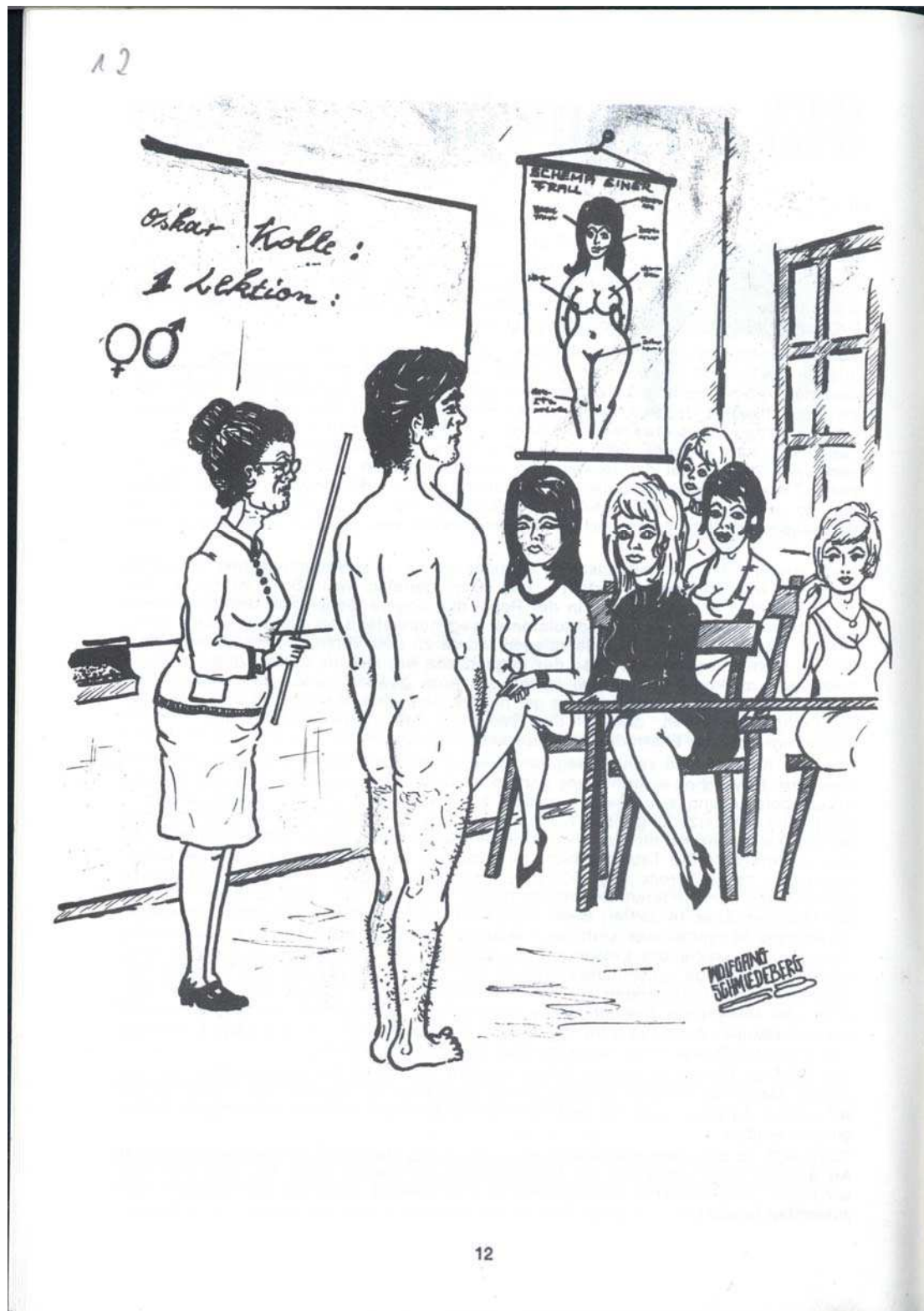


Abb. 8. Contact. Berufs-, Handels-, und höhere Handelsschule und  
Wirtschaftsgymnasium Wendenstraße <Hamburg>. 1968, H. 24



sondern in einer Entwicklung, in der beide, Schüler sowohl als auch Lehrer, bereit sind, gemeinsam an einem neuen Schulmodell zu arbeiten und dieses im beiderseitigen Einverständnis zu verwirklichen.

Ich würde gern Euer Meinung zu diesem Thema hören.

Susan Lehmann

**Wir fordern:**  
**Freie Liebe**  
**in**  
**der Schule**



Abb. 9. Die Flüstertüte. Schülerzeitschrift der Volksschule Brödermannsweg  
<Hamburg>. 1968, Okt.

Himmel, ach, es ist ein Graus;  
 Niemand traut sich rauchen gehn,  
 Weil Herr Heel ihn wird erspähn.  
 So befreite er diese Tage  
 Kalkuhl von der Raucherplage.  
 Und die Moral von der Geschicht:  
 Schüler, die rauchen, liebt man nicht.

Snoopy

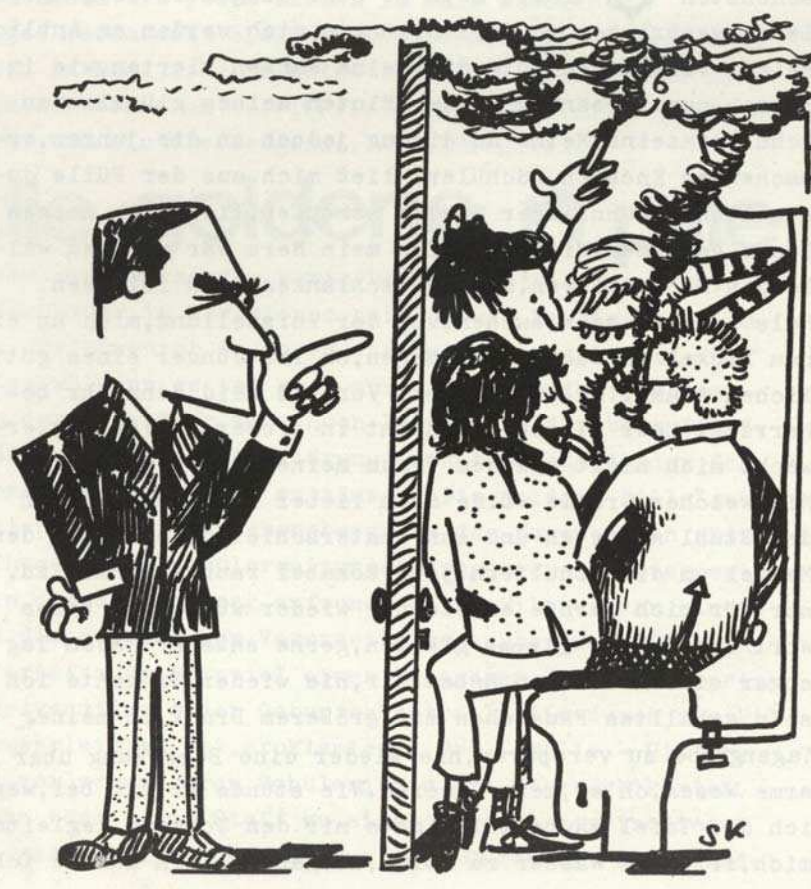


Abb. 10. Unsere Welt. Schülerzeitung am priv. Ernst Kalkuhl Gymnasium  
 Oberkassel <Bonn-Oberkassel> 1968



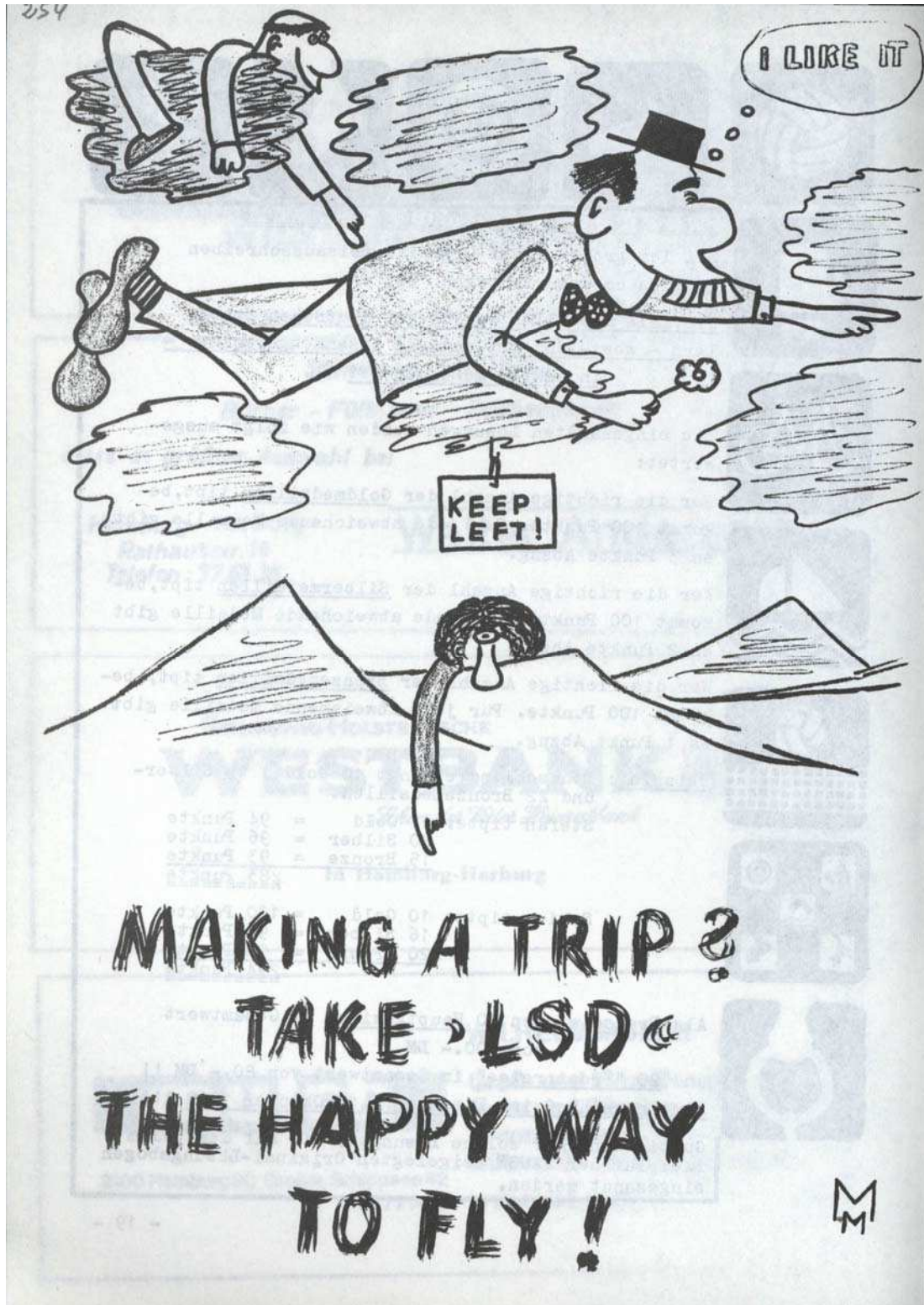


Abb. 11. Die Pause. Schülerzeitung Volks- und Mittelschule  
<Hamburg-Harburg>. 1968, H. 14

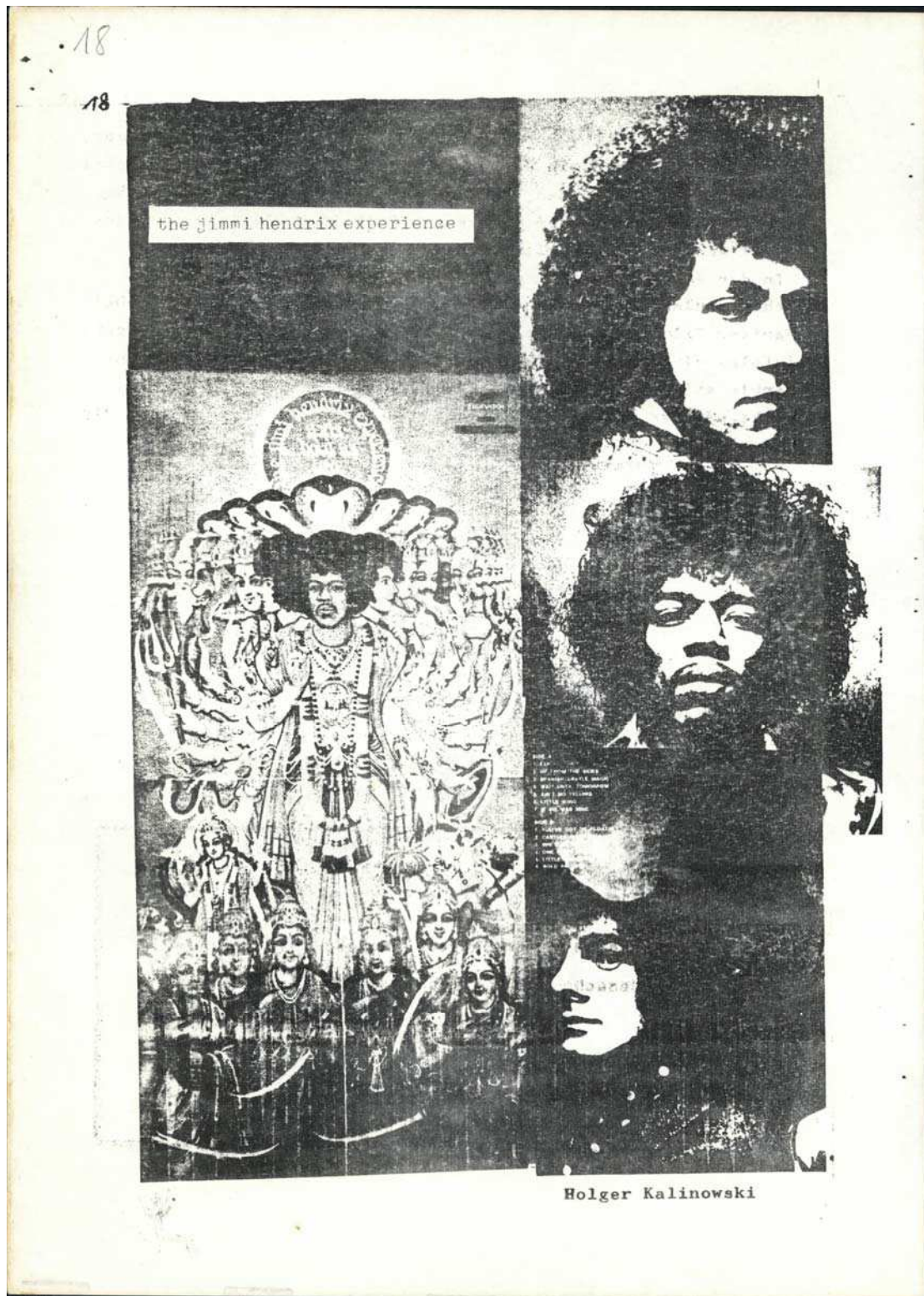


Abb. 12. Georgianische Gesänge. Schülerzeitung am Gymnasium St. Georg  
<Hamburg>. 2 (1968), Nr. 3





Abb. 13. Viadukt : Schülerzeitschrift des Gymnasiums Nagold <Nagold>. 12 (1968), Nr. 47



Abb. 14. Splitter. Volks- und Realschule Maretstraße <Hamburg>. 1968, Nr. 10





Abb. 15. Karandasch. Schülerzeitung am Gymnasium Rahlstedt  
<Hamburg-Rahlstedt>. 10 (1968), Nr. 1



Abb. 16. Die Namenlose. Schülerzeitung der beiden Gymnasien zu Köln-Deutz.  
 (1968), Nr. 40

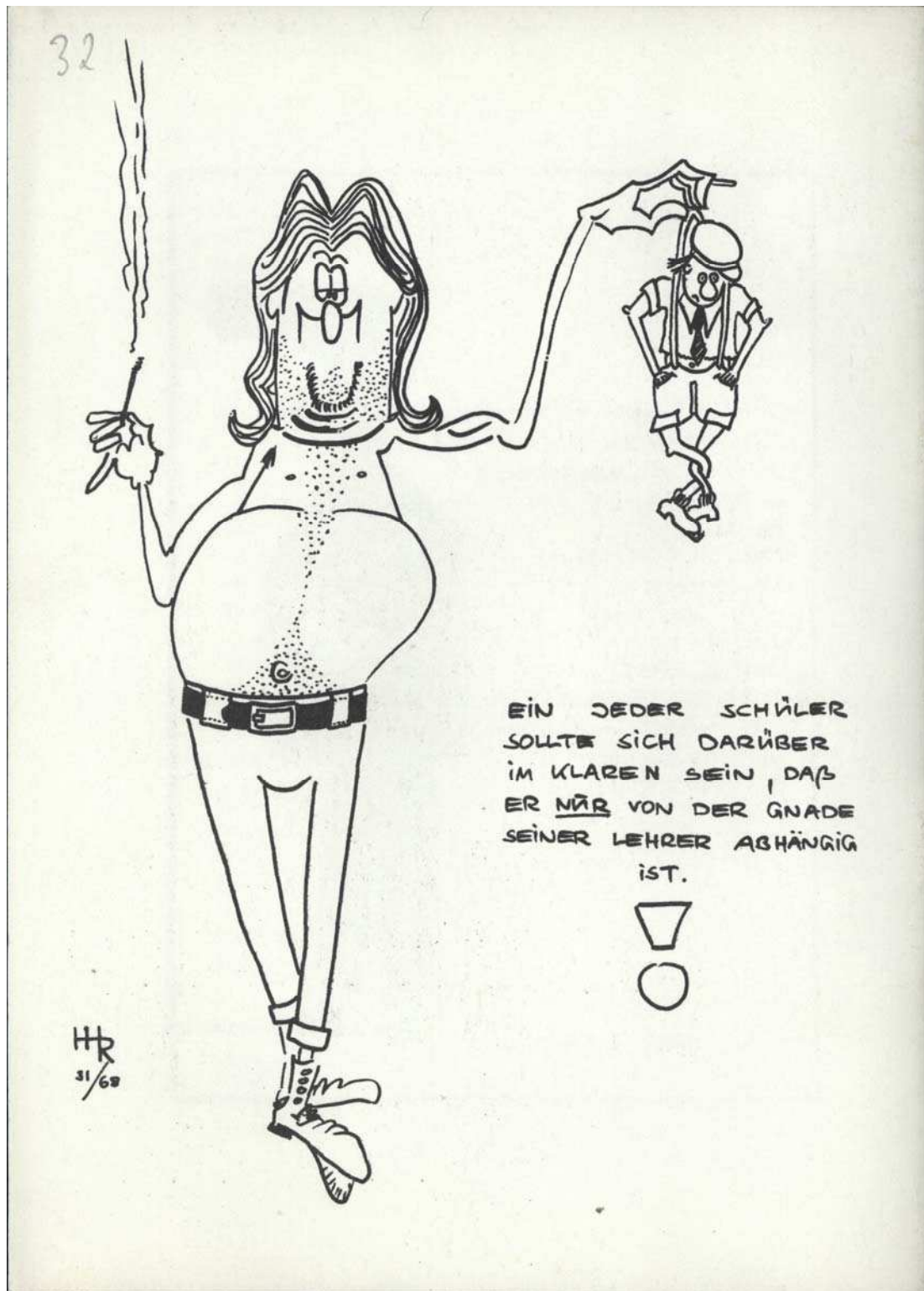


Abb. 17. Der Papierkorb. Schülerzeitung des Albrecht-Thaer-Gymnasiums  
<Hamburg> 16 (1968), Nr. 15

